

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Kassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Formner, Alempner, Schlosser und Maschinenbauer, Gießereier und Gütler, Feilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 10. Januar 1891.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

## Ein alter Sumbug.\*)

II.

Eine Wohnungsnoth, wie sie Anfangs der 70er Jahre die Reichstädte Berlin, Wien zc. und verschiedene große Industriezentren aufwies, haben wir zur Zeit daselbst nicht. Im Gegentheil — die tolle, wahnsinnige Spekulation in Grund und Boden, die Jagd nach Bauplätzen hat in den großen Städten zu einer Art Ueberproduktion geführt, so daß, absolut genommen, von einer Wohnungsnoth zur Stunde nicht die Rede ist. Wie aber die sogenannte Ueberproduktion an Gebrauchsgütern für den Arbeiter sich in der Weise fühlbar macht, daß er, obwohl alle Magazine vollgepfropft sind, an dem Nöthigsten Mangel leidet, weil er arbeitslos ist, und zwar deshalb arbeitslos, weil die gefüllten Waarenmagazine sich nicht leeren — und auf der anderen Seite können sich die gefüllten Magazine deshalb nicht leeren, weil die große Masse in Folge der Arbeitslosigkeit und der niedrigen Löhne nicht kaufähig ist — so vollzieht sich derselbe Zirkel der heutigen wahnsinnigen Produktionsweise auch in der heutigen Ueberproduktion des Baugeschäftes. Die Arbeiter wohnen in dümpfen, feuchten Kellern, in elenden, stinkigen Öfen, hoch oben in kalten, jämmerlichen Mansarden, vollgepfropft und erbärmlich eingerichtet — auf der anderen Seite stehen aber ganze Straßensuchten der hellsten, schönsten geräumigsten Wohnungen leer. Die Häuserspekulanten, mit ungenügendem Kapital ausgerüstet, mit Hypotheken in einer Weise überlastet, daß sie die Miethpreise nicht reduzieren können, ohne dem Bankrott zu verfallen, gehen pleite, weil die Wohnungen leer stehen, die Arbeiter aber müssen, des ungenügenden karglichen Verdienstes wegen, in ihren ungesunden, kleinen, überfüllten Wohnungen sitzen bleiben, weil sie für die besseren, leer stehenden Häuser erforderlichen Miethpreise nicht erspringen können.

Diese Wohnungsnoth (nämlich, daß die Arbeiterklasse überhaupt in schlechten, überfüllten, ungesunden Wohnungen lebt) ist aber nicht etwas der Gegenwart Eigenthümliches, sie ist nicht einmal eines der Leiden, die dem modernen Proletariat, gegenüber allen früheren unterdrückten Klassen eigenthümlich sind; im Gegentheil, sie hat alle unterdrückten Klassen aller Zeiten ziemlich gleichmäßig betroffen. Aber diese Wohnungsnoth hat in der Neuzeit eine spezielle Verschärfung erlitten, die gerade heute wieder besonders sich bemerkbar macht.

Die Aera der Schutzzölle zeigt heute die Wirkung, die ihr sozialistischerseits stets vorhergesagt wurde: die deutsche Industrie wurde künstlich, treibhausartig großgezüchtet; es entstand eine lebhaft nachgefragte Arbeiter, kolossaler Andrang und Zuzug der ländlichen Arbeitskräfte nach den Zentren der Industrie, massenhaftes Zusammenpferchen dieser Ar-

beiter in den großen Städten, und zwar stellenweise rascher als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen zu beschaffen waren. Verschiedentlich traf dieses Zusammenströmen örtlich und zeitlich zusammen mit der Thatsache, daß die bewohnten Arbeiterquartiere massenhaft niedergerissen wurden, weil die Bauanlage der älteren Städte den Bedingungen der neuen Großindustrie, ihren Expansionsbedürfnissen nicht entsprach, Straßen wurden erweitert, durchbrochen, Eisenbahnen und andere Verkehrswege, die breiten Raum beanspruchten, mitten durch die enggebauten Städte veranlagt — so entstand begreiflich eine kolossale Steigerung der Miethen, ein noch stärkeres Zusammendrängen der Bewohner in den einzelnen Häusern.

Es kommt aber noch ein Moment hinzu: die Aera der Schutzzölle eröffnete sich zur selben Zeit, da die politische Knechtung der Arbeiter und die polizeiliche Praxis in Handhabung des Ausnahmegesetzes der Arbeiterklasse jeden ökonomischen Kampf unmöglich machten. Die politische Knechtung der Arbeiter bedeutete für die Unternehmer in diesem Falle zugleich einen höheren Kapitalprofit. Die Arbeiter wurden polizeilich verhindert, einen Kampf um höhere Löhne zu führen — dieser den deutschen Kapitalisten dadurch mögliche Abzug von dem in anderen Ländern und unter anderen Verhältnissen üblichen Arbeitslohn gestattete Unterbietung der ausländischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt, führte also wieder zur künstlichen Steigerung der Produktion, zur künstlichen Züchtung einer großen industriellen Reserve-Armee, die im Augenblick des Rückganges dieser künstlichen industriellen Hochfluth arbeitslos auf der Straße liegt und die Heftigkeit der heute im vollen Anmarsch begriffenen Krise naturthwendig steigern muß.

Es ist daher nur erklärlich, wenn im Augenblicke, da auf der einen Seite die Folgen dieser Schutzzollpolitik sich fühlbar machen, u. A. in Gestalt der sogenannten Wohnungsnoth, und auf der anderen Seite durch den Zusammenbruch der Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiter, deren Widerstandskraft gegen die schrankenlose Ausbeutungsgier des Kapitals sich wieder zu regen vermag, die Organe des Großkapitals wieder mit Projekten kommen, die unter der heuchlerischen Maske der Philanthropie nur darauf hinauslaufen, das System der ökonomischen Knechtung durch die niederen Löhne und der politischen Knechtung in der Fesselung an die Scholle weiter aufrecht zu halten.

Die Eisenbarone haben mit den Grundbesitzern den Rahm des ganzen Schutzzollsystems abgeschöpft — die „Eisen-Zeitung“ hat daher mit Vergnügen den Vorschlag der „Arbeiterwohnhäuser“ zu ihrem eigenen gemacht. Wie recht wir haben mit unserer Behauptung über den Zweck des Vorschlages, geht aus dem schon im vorigen Artikel zitierten Satze hervor, daß die Industrie

der billigeren Arbeitskraft nachziehe und daß die Arbeiter der großen Städte zu theuer werden.

Betrachten wir aber die Gesichtspunkte, von denen aus die „Eisen-Zeitung“ den Fabrikanten den Bau von Arbeiterwohnhäusern, bezw. die Unterstützung dieses Projektes empfiehlt, etwas näher. Da stoßt uns vor Allem der Satz auf, worin es heißt: „der Weg — von der Fabrik zu den entfernten „auf dem Lande“ liegenden Arbeiterwohnhäusern — schade dem Arbeiter nie!“ Wie, lesen wir recht? Haben denn die Herren der „Eisen-Zeitung“ geschlafen, daß sie nicht sahen, wie gerade diese Entfernung der Arbeiterwohnhäuser von den Arbeitswerkstätten nicht bloß in England, sondern auch in Deutschland (z. B. in Mülhausen, in Essen, in Augsburg zc.) zum Bau von förmlichen Arbeitervierteln geführt hat! Und da waren durchaus keine humanitären Sentimentalitäten maßgebend.

Nicht das Mitleid mit den Arbeitern, die in Sturm und Regen, in Schneegestöber und Winterskälte Früh und Nachts den weiten Weg zurücklegen mußten, veranlaßte die Fabrikanten zur Anlage von Arbeiterwohnhäusern, sondern die einfache Wahrnehmung, daß der weite Weg und der Kampf mit den Elementen die Arbeitskraft abspanne, daß in der Nähe wohnende Arbeiter, die frisch und nicht vom weiten Weg erschöpft und ermattet zur Arbeit kommen, leistungsfähiger, also profitabler sind. Und wenn die „Eisen-Zeitung“ für diese Entfernung den sanitären-Gesichtspunkt des besseren Gedeihens für den Arbeiter und seine Familie anführt, so verschweigt sie, daß für die Kapitalisten solche Gesichtspunkte nicht gelten. Da wäre ein Arbeiterschutzesgesetz, eine reduzierte Arbeitszeit viel wirksamer, warum sträuben sich die Fabrikanten dagegen so sehr?

Einfach deshalb, weil sie in ihrer kurzfristigen Profitwuth auf solche Gründe nicht Rücksicht nehmen zu müssen glauben! Es ist für den Kapitalisten heute profitabler, seine Arbeiter bis zur Erschöpfung auszunutzen, weil die industrielle Reserve-Armee für jeden erschöpften Arbeiter zwei frische liefert.

Freilich, die Redaktionscheere hat auch den Satz stehen lassen, daß der „auf dem Lande wohnende“ Arbeiter zur Ausbeutung seines Stückes Pachtfeld mit Freuden vor und nach Feterabend auf dem Felde arbeiten werde! — Als ob nicht der Fabrikant dagegen sein Beto erheben würde! Wie Jude Shylock auf seinem Stück Fleisch, besteht der Fabrikant auf der Ausnutzung der ganzen Arbeitskraft. Ein Arbeiter, der zuerst ein paar Stunden auf dem Feld gearbeitet hätte oder der seine Arbeitskraft so „sparen“ wollte, daß er nach Schluß der Fabrikthore daheim noch ein paar Stunden arbeiten könnte — wie müssen die Eisen-Industriellen gelacht haben über solch' naive Zumuthungen!

Als vor kurzer Zeit die schweize-

rischen Metallarbeiter Reduktion der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden täglich forderten, da entgegnete ihnen ein Vertreter der Fabrikanten-Interessen, Maschinen-Ingenieur Sulzer, dies sei nur möglich, wenn sie ihre Arbeitskraft so anspannten, daß sie in 10 Stunden die gleiche Arbeitsleistung lieferten wie bisher in 11! Mit anderen Worten: Eure volle Arbeitskraft gehört dem Unternehmer! Wenn Ihr sie in zehn Stunden ausbeut, gut — aber ganz und voll müßt Ihr sie ausgeben! Verkürzung der Arbeitszeit — ja wohl, aber nicht im Interesse der Arbeiter, sondern nur, wenn sie zum Profit der Unternehmer führt in Gestalt der Verminderung der Produktionskosten. Nebenbei benutzten die schweizerischen Eisen-Industriellen diese Gelegenheit zu einem weiteren Wuchergeschäft! Für die Bewilligung eines solchen Zehnstundentages verlangten sie von den Arbeitern sogar, daß diese auf eine ganze Reihe weiterer Schutzbestimmungen, die das schweizerische Fabrikgesetz enthält, nicht bloß freiwillig Verzicht leisten, sondern gemeinsam mit den Unternehmern deren Aufhebung von der Regierung fordern sollten. Natürlicher haben die Arbeiter diese Fabrikanten-Unverschämtheit zurückgewiesen.

Wir führten das nur an zur Illustration der unverschämten Naivetät der „Eisen-Zeitung“. Die ferneren Begründungs-Momente lassen freilich auch den Schluß zu, diese Art Argumentation sei keineswegs unverschämte Naivetät, sondern eine mehr als naive Unverschämtheit.

## Erster österreichischer Metall- und Hüttenarbeiter-Tag zu Brünn.

Abgehalten am 26., 27. u. 28. Dez. 1890.

In dem Augarten-Saale in Brünn hatten sich die Vertreter der Metall- und Hütten-Arbeiter Oesterreichs in einer Zahl zusammengefunden, die selbst die optimistischsten Genossen überraschte. 124 Delegirte waren erschienen, welche folgende Orte vertraten: Brünn, Wien, Prag, Graz, Provinz Steiermark, Pilsen, Komotau, Reichenberg, M. Odrau, M. Friedland, Adamsthal, Stipanau, Ternitz, Steyer, Weiskirchen, Segen-Gottes, Kofitz, Berndorf, Donawitz, Florisdorf, Wr. Neustadt, Payerbach, Oberndorf, Spital a. d. Byrn, Boitzb-berg, Wilhelmsburg, Wittowitz, Priboz, Zöptau, Hainfeld, Dietitz, Salzburg, Neutitschein, Prerau, Müzzuschlag, Gablonz a. d. N., Rothau, Proßnitz, Windisch-Garsten und Innsbruck.

Nach Erledigung der Formalitäten ging man zur Besprechung der Tagesordnung über und referirte zunächst Genosse Pokorny-Wien über die Organisationsfrage. Redner wünscht, daß die Metallarbeiter so ausdauernd und fest an dem Werke der Organisation arbeiten mögen, wie das Material hart und fest ist, das sie stets unter den Händen haben. Die Metallarbeiter seien

\*) Vergl. Nr. 52/1890.

nicht die ersten, welche sich auf einem Kongresse zusammengefunden haben; andere Branchen sind ihnen schon vorausgegangen. Die anderen Arbeiter blicken auf die Metallarbeiter, und wenn sich die Metallarbeiter eine tüchtige Organisation schaffen, dann ist ein gewaltiger Schritt nach vorwärts gethan. Die Arbeiter Oesterreichs haben immer ihren Posten ausgefüllt, das anerkennt auch die Genossen des Auslandes; auch der 1. Mai, der ein goldenes Blatt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung bildet, hat das bewiesen. Wir in Oesterreich leben unter eigenthümlichen Verhältnissen, nichtsdestoweniger sind wir eine Macht. Bezüglich der Gesetzgebung und Verwaltung steht Oesterreich zwischen Deutschland und Rußland, in Folge dessen können wir uns mit den organisierten Arbeitern Englands und Deutschlands nicht vergleichen. Bei den österreichischen Arbeitern ist aber das Solidaritätsgefühl größer, als es formell zum Ausdruck gelangt. Die formelle Organisation muß mit dem vorhandenen Solidaritätsgefühl in Einklang gebracht werden. Die österreichischen Gesetze sind nicht schlecht, doch die Handhabung läßt viel zu wünschen übrig. Jeder Polizeikommissar wendet sie anders an. Die Organisation wird bei den Arbeitern des Großbetriebes leichter von statten gehen, als bei denen des Kleinbetriebes. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist eine Aenderung der heutigen Wirtschaftsordnung, die es dem Arbeiter ermöglichen soll, als Freier unter Freien zu leben. Ein großer Entwicklungsprozeß spielt sich ab, der auf die Gleichstellung aller Menschen hinausläuft. Das muß den Arbeitern klar gemacht, darauf müssen sie vorbereitet werden. Das Mittel hierzu sei die gewerkschaftliche Organisation; nur durch diese kann der weiteren Verelendung der Arbeiter Einhalt gethan werden. Die zu schaffenden Organisationen müssen sich, wenn möglich, über eine Provinz erstrecken. Nebenher empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

Der am 26., 27. und 28. Dezember 1890 in Brünn stattfindende österreichische Metall- und Hüftenarbeitertag beschließt folgende Gewerkschaftsorganisation zur Durchführung zu bringen: In jeder Provinz wird ein Gewerkschafts-Landesverein, mit Filialen oder Zahlstellen in allen hierzu geeigneten Orten und wenn möglich mit Sektionen für verschiedene Fächer, in welche auch die ungelerten, jugendlichen und weiblichen Hilfsarbeiter mit einzubeziehen sind, in Verbindung mit einer Reise- und eventuellen Arbeitslosen-Unterstützungskasse, für Arbeitsvermittlung und Rechtsschutz, gegründet. Wo Gewerkschafts-Landesvereine nicht möglich sind, sind solche für die größeren Produktionsgebiete oder Orte zu schaffen.

Um den Mitgliedern der Landes- oder Solalvereine ihre daselbst erworbenen Rechte zu sichern, werden alle derartigen Vereine in einen Verband berichtigt, d. h. dieselben treten in ein Gegenseitigkeitsverhältnis.

Die Wiener Delegirten werden beauftragt, die nöthigen Vorarbeiten hiezu, sowie die Ausarbeitung eines Statutes für Landesvereine und des Verband-Statutes schleunigst in Angriff zu nehmen.

Bei Gründung von Gewerkschaftsvereinen ist schon von vornherein der Anschluß an die Gesamtorganisation in Aussicht zu nehmen. Die Gewerkschaften und ihr Verband haben ferner zur Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder eine Widerstandskasse zu schaffen, für welche regelmäßige und besondere Einzahlungen zu leisten sind. Der Zweck der Gewerkschafts-Organisation ist:

- 1) Die Erweckung und Hebung des Klassenbewußtseins bei den gesamten Fachkollegen.
- 2) Im Zusammenhange damit die Vermittlung von Wissen, Aufklärung und Bildung.
- 3) Die Zusammenfassung der Kräfte aller Einzelnen zu einer Macht, welche den Arbeitern die ihnen von Gesetzwegen zukommenden Rechte, insbesondere die wirkliche Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes sichert; welche aber auch darüber hinaus den stetigen Fortschritt in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, insbesondere Abkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne erzwingt, und so die gesammte

Lebenshaltung erhöht, zu mindest aber ihr weiteres Sinken hindert.

Ferner erklärt der Metall- und Hüftenarbeitertag:

In Erwägung, daß unser heutiges Vereinsgesetz und Versammlungsrecht den Behörden die Möglichkeit bietet, den Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisation zu verhindern, und insbesondere die für die Ausbreitung dieser Organisation so notwendige Agitation theilweise zu beschränken oder sogar gänzlich unmöglich machen;

In Erwägung, daß in den Gebieten Wien, Wiener-Neustadt und Korneuburg die gewerkschaftlichen Organisationen auch noch durch die Geltung der Ausnahmeverordnungen vom 30. Januar 1884 in empfindlicher Weise eingeschränkt, daß ferner durch die Ausnahmestimmungen selbst untergeordneten Behörden und deren Organen die Möglichkeit geboten ist, die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechtes nach ihren Anschauungen zu interpretiren, wodurch die Ausübung dieser Rechte für die Arbeiter vollkommen illusorisch wird; daß ferner insbesondere auch die niederösterreichische Statthalterei an die gesetzliche vierwöchentliche Frist zur Begutachtung von Vereinsstatuten sich seit dem Bestehen der Ausnahmestimmungen nicht für gebunden erachtet und so ein Verschleppungssystem eintritt, welches die Errichtung von Fachvereinen um viele Monate, ja durch Zuhilfenahme von formellen Bemängelungen auf Jahre hinaus verzögert werden kann, sie kein Recht haben, auf die Vereinsstatuten über die im Vereinsgesetze ausgeprochenen Punkte hinaus Einfluß zu nehmen, und sie gleichzeitig verweisen auf die Erkenntnisse des Reichsgerichtes vom 26. Juli 1870 und 22. April 1884, welche ausdrücklich aussprechen, daß ein rein formeller Mangel in der Fassung der Statuten kein gesetzlicher Grund ist, die Bildung eines Vereines zu unterlagen —

erklären die am 26., 27. und 28. Dezember 1890 versammelten Delegirten des Metall- und Hüftenarbeitertages in Brünn, mit aller Entschiedenheit für eine durch die österreichischen Staatsgrundgesetze gewährleistete Vereins- und Versammlungsfreiheit einzutreten.

Welter erklärt die Versammlung für die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes in allen Vertretungskörpern entschieden einzutreten, da bei der heutigen Interessenvertretung die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes und die Beschwerden desselben keine Beachtung finden.

Die Versammelten sind wohl überzeugt, daß durch Einführung des allgem. gleichen und direkten Wahlrechtes die soziale Frage noch besser gelöst wird, sie betrachten jedoch dasselbe als Mittel zum Ausbau nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisationen, weshalb dasselbe unbedingt zu fordern ist.

Zum Schluß erklärt die Versammlung: daß ein Organisations-Komitee in allen größeren Städten aufzustellen ist, welches sich mit der Durchführung der Organisations- und Agitationsgeschäfte zu befassen habe. Zugleich fordern wir auch in allen solchen Fällen, neben der Einreichung neuer Statuten und Rekursweg zu betreten und neuerlich Entscheidungen des Reichsgerichtes herbeizuführen.

Hierauf referirte Genosse Zinburg-Brünn in slavischer Sprache zur Organisationsfrage. Wir waren, sagte Nebenher, bisher nicht im Stande etwas zu leisten, da wir uns selbst auf einen so niedrigen Standpunkt stellten, und nie etwas zur Besserung unserer Lage unternahmen. Doch heute soll es anders werden. Wir müssen Vereine gründen, welche genügend ausgebaut sein werden, um jeden in dem Kampfe für die Allgemeinheit Gefallenen zu unterstützen. Wir müssen die Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung in unseren zu gründenden Vereinen einführen, um unsere Genossen zusammenzuhalten und nicht sinken zu lassen. Wenn wir die Arbeitslosen unterstützen, so werden selbe nicht die Fabriktore belagern und den Lohn drücken. Wir haben schon öfters getrachtet, Organisationen zu gründen, doch die Ungleichheit in der Handhabung der Gesetze machte unsere Bestrebungen zu nichts. Soviel Polizeibeamte, so vielfach werden die Gesetze in Oesterreich ausgelegt. Wir müssen Orts-, Landesvereine und Verbände gründen, denn je stärker, fester und größer die Organisation, desto widerstandsfähiger ist sie. Die Forderung des 1. Mai hat der Pariser Kongreß in der Weise beschlossen, daß an diesem Tage Manifestationen zu Gunsten der Rechte

der Arbeiter zu veranstalten seien. Die österr. Arbeiter beschloßen, an diesem Tage nicht zu arbeiten und haben diesen Beschluß glänzend durchgeführt, ohne jede Organisation, da uns die gemeinsame Noth und das Elend organisiert hat. Die Organisation kann auch den Rechtsschutz der Arbeiter durchführen, da dieselbe hinter jedem stehen wird. Und zu diesem muß unsere Organisation Rassen errichten, um auch die nöthigen Geldmittel zur Verfügung zu haben, doch dazu ist die größte Agitation nöthig, um dies Alles zu erreichen.

Nachdem noch eine große Anzahl Nebenher in deutscher und slavischer Sprache das Wort ergriffen, wurde die von Polorny vorgeschlagene Resolution angenommen.

Ueber Arbeiterschutz und Sozialreform referirte Genosse Beer aus Floridsdorf: Es ist noch niemals so viel über Arbeiterschutz gesprochen worden, wie heutzutage. Vor vielleicht 20 Jahren war man in unseren Kreisen der Ansicht, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht auf so festen Grundlagen aufgebaut ist, daß sie in kurzer Zeit von sich selbst und an sich selbst zu Grunde gehen wird. Wenn auch die ökonomische Entwicklung den Zeitpunkt beschleunigt, wo das heutige Wirtschaftssystem fallen wird, so kann er immerhin in solcher Ferne sein, daß die Arbeiterschaft bis dahin vollständig degenerirt und für die weitgeschichtliche Aufgabe, die ihrer harret, untauglich wäre. Um also der vollständigen Verelendung des Arbeiterstandes vorzubeugen, dazu soll der Arbeiterschutz dienen, wie wir ihn wünschen. Der heutige Arbeiterschutz ist vollständig ungenügend, wir müssen mit Hilfe unserer Organisation ihn vervollkommen, und damit der geistigen und physischen Verelendung der Arbeiterklasse einigermaßen Einhalt thun. Nebenher begründet hierauf die einzelnen Punkte der Resolution, in welcher Folgendes gefordert wird:

a) Arbeitszeit.

Die Versammlung erklärt, für die Erziehung der stündigen Arbeitszeit unermüßlich zu wirken. Da in unserem Gewerbe in den größeren und besseren Betrieben vielfach die 10stündige Arbeitszeit Thatfache ist, so haben die Arbeiter jener Betriebe, insbesondere die der Kleingewerblichen Betriebe, sofort energisch dahin zu wirken, daß jede Ueberschreitung der 10stündigen Arbeitszeit ausgeschlossen bleibt.

Die Versammlung erklärt, daß Ueberstunden nur dann statthaft sind, wenn keine arbeitslosen Kräfte vorhanden, in welchem Falle der Lohn um 50 Prozent höher zu stellen ist, als bei normaler Arbeitszeit.

b) Akkord- und Minimallohn.

Nachdem die Akkordlöhne nur ein Mittel sind, die wirkliche Bemessung des Preises der Arbeitskraft zu verschleiern, den Arbeiter über die von ihm verausgabte Summe der Arbeitskraft zu täuschen und aus ihm, unter Vorpiegelung eines höheren Lohnes mehr an Leistung herauszupressen, ist auf die Festsetzung des Akkordlohnes und auf die Festsetzung von Minimallöhnen, welche selbstverständlich nach den lokalen Verhältnissen verschieden sein müssen, hinzuwirken.

c) Sonntagsruhe.

Die Versammlung erklärt einzutreten für die Befestigung der Ausnahmestimmungen für die Sonntagsruhe und ihre energische Durchführung und zwar in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

d) Fabriksordnungen.

Es ist darauf hinzuwirken, daß die Fabriks- und Werkstättenordnungen dahin abgeändert werden, daß alle darin enthaltenen Strafbestimmungen entfallen, dafür aber die Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitspausen, sowie Kündigungsfrist genau präzisirt sind.

e) Frauenarbeit.

Die Frauenarbeit kann nur dann geregelt werden, wenn sämtliche Arbeiterinnen in die Organisationen mit einbezogen werden. Durch ein geregeltes, der Arbeitsleistung entsprechendes Lohnsystem wird die Arbeiterin dem Arbeiter nicht mehr eine gefährliche Konkurrenz bieten. Der Beschäftigung von Frauen in den, dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben, kann der Verwertung weiblicher Arbeitskraft zur Nützlichkeit, ist von den Gewerkschaften auf das Energischste entgegenzuwirken.

f) Kinderarbeit.

Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren muß überhaupt ausgeschlossen sein.

g) Behrllingswesen.

Das heutige Behrllingswesen in unserem Gewerbe ist nur eine Form der ärgsten Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft und dient dazu, dem Gewerks-Inhaber billige Arbeitskräfte zu verschaffen und den Lohn der Erwachsenen noch weiter herabzudrücken. Aber auch das Ziel des gewerblichen Unterrichts wird nicht erreicht. Es ist also ökonomisch und pädagogisch ganz werthlos, wofür übrigens die amtlichen Berichte der Gewerbeinspektoren am deutlichsten sprechen. Der Metall- und Hüftenarbeitertag erklärt daher, daß eine Regelung des Behrllingswesens und Ersatz desselben durch staatliche, unentgeltliche Lehrwerkstätten unbedingt notwendig erscheint, um die Intelligenz im Gewerbe zu heben.

h) Fabriksinspektion.

Die so notwendige Gewerbe- und Fabriksinspektion wird nur dann wirksamer durchgeführt werden können, wenn die Zahl der Gewerbe-Inspektoren derart vermehrt wird, daß sie an h. Kleingewerbliche Betriebe wirksam überwachen können, und wenn dieselben auch mit der nöthigen exekutiven Gewalt ausgerüstet werden. Den staatlichen Inspektoren sind von den lokalen Gewerkschaften frei gewählte Assistenten beizugesellen.

i) Gewerbegerichte.

In Erwägung, daß der § 2 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 die Initiative zur Errichtung von Gewerbegerichten wesentlich und in der Praxis dem Justiz- und Handelsministerium überläßt, daß die Erfahrung gezeigt hat, wie wenig Interesse die Behörden an dieser Institution haben, daß der § 8 desselben Gesetzes die Kostenaufbringung ohne Belastung des Staatsshauses verlangt, und so die Gleichgültigkeit und Abneigung der Unternehmer ein weiteres Motiv bekommt, verlangen wir:

Die Kosten für Errichtung und Erhaltung des Gewerbegerichtes haben dem Staatshaushalt zuzufallen, was überdies durch die Entlastung der ordentlichen Gerichte begründet ist. Ihre Errichtung hat in allen entsprechenden Gebieten von Gesetzwegen stattzufinden. Die Gemeindebehörden sind streng zu verhalten, daß die Verordnung vom 20. April 1884, welche ihnen das Recht gibt, die Vorlage der Wählerlisten von den Unternehmern zu erzwingen, auch wirklich durchgeführt wird.

Auch diese Resolution wurde, nachdem eine längere Debatte darüber stattgefunden, einstimmig angenommen.

Nunmehr gelangte der Punkt Lohnstatistik zur Verhandlung, worüber Genosse Senzky-Wien referirte. Nebenher führt aus, daß wir bis jetzt keine Lohnstatistik haben, da sich die Bourgeoisie mit allen Mitteln dagegen auflehne, da sie weiß, daß die Arbeiter daraus erfahren könnten, wie schlecht es ihnen geht und daß es besser sein könnte und sollte. Wir haben so viel Lohnarten, daß wir nicht wissen, wie wir daran sind, ob wir im Wochenlohne oder ob wir im Akkordlohn stehen. Doch ist die frühere Art des Wochenlohnes beinahe ganz verschwunden, denn der Akkordlohn ist nicht nur überwiegend, sondern der Wochenlohn ist so eingerichtert, daß er nur eine Umschreibung des Akkordlohnes ist, denn es wird heute jeder Feiertag, jede Stunde, ja jede Viertelstunde abgezogen. Nebenher bringt eine umfassende Statistik der österreichischen Metall-Industrie vor. Grobschmiede in Wien verdienen von 3—10 fl. Sensen- und Sichel schmiede verdienen bis 30 fl. monatlich. Die Kunstschlosser, wo auch die Frauenarbeit eingeführt ist, verdienen von 4—10 fl. Die Spengler verdienen 3—18 fl., was aber selten vorkommt. Die Glaser verdienen 7—12 fl., die Kupferschmiede 9—11 fl., Gärtler und Metallwaarenarbeiter 6—12 fl., Bleiarbeiter 3—5 fl., Gold- und Silberarbeiter (Arbeitszeit 4—8 Monate jährlich) 7—12 fl., Maschinenschlosser 5 bis 18 fl., landwirtschaftliche Maschinen 7 bis 9 fl., Nähmaschinen 9—10 fl. Dies sind aber Löhne, welche der Arbeiter verdient, wenn er arbeitet, da er aber sehr oft feiern muß, so stellt sich der durchschnittliche Wochenlohn bedeutend tiefer. Eine gründliche Lohnstatistik, welche eine gute Organisation durchzuführen vermag, würde alles Unrecht aufdecken, was wir

leiden müssen. Durchführbar ist es nur durch die Organisation. Verliest folgende Resolution:

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften ist:

- a) Die Erhebung und Feststellung der Lage der Arbeiter in ihrem Gewerbe.
- b) Zu jeder Zeit eine möglichst klare Uebersicht über die Lage des Arbeitsmarktes zu gewinnen. Welche Zweck: sind nur zu erreichen durch eine vollständige Lohnkalkül in Verbindung mit einer Statistik der Arbeitslosen. Diese Aufgabe muß unter allen Umständen geleistet werden. Es sind also diesbezügliche Bestimmungen in die Statuten der Gewerkschaften aufzunehmen, wo diese auf Hindernisse stoßen, hat die Fachpresse einzutreten, welcher die Vertrauensmännerorganisation dienlich zu machen ist.

Wird einstimmig angenommen.

Den letzten Punkt der Verathung bildete die „Fachpresse“. Hierzu empfahl der Referent Bischa folgende Resolution:

Die Fachpresse ist ein wesentliches Mittel, um alle Zwecke der Organisation zu fördern. Soll sie aber lebensfähig sein und ihren Zweck erfüllen, so muß das Fachblatt, dessen Gründung für unser Fach in Oesterreich in Aussicht genommen ist, für alle Mitglieder der Organisation obligatorisch und müssen seine Kosten durch eine besondere Auflage gedeckt werden. Auf diesen Punkt ist bei der Ausarbeitung von Statuten neuer Vereine von vornehmster Rücksicht zu nehmen.

Der Metall- und Hülfenarbeitertag beschließt die Herausgabe eines Fachblattes für die gesamte Metall- und Hülfenarbeiter-Schaft und werden die niederöster. Genossen mit der Ausführung dieser Beschlußes, also der Herstellung dieses Blattes zu dem hierzu geeigneten Zeitpunkt betraut.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ebenso beschließt der Kongreß, das bisher in Prag erschienene czechische Metallarbeiter-Fachblatt „Nase snaha“ zum Organ der Metallarbeiter in czechischer Sprache zu erklären und den Titel in „Rakowsky kovodělnik“ zu ändern. Beide Fachblätter sollen obligatorisch sein.

Dann wurde beantragt, daß der 1. Mai wieder gefeiert werden soll. Es wurde der Zusatzantrag gestellt, daß am 1. Mai nicht nur zu Gunsten der Achtstundenzzeit, sondern auch für das allgemeine Wahlrecht demonstriert werden möge. Wurde jubelnd angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Anträge interner Natur wurde der Kongreß von dem Vorstehenden Winzig mit einigen Worten der Aufmunterung geschlossen und das „Lied der Arbeit“ angestimmt.

### 1544172 Mark.

Am 20. Dez. v. J. hat in Dortmund die Generalversammlung des Vereins für bergbauliche Interessen im Ober-Bergamts-Bezirk Dortmund stattgefunden, auf welcher der bekannte Dr. Ratorp, der Vereinssekretär, den Jahresbericht erstattete. Wie wir kürzlich nach den amtlichen Mittheilungen des „Gildlauf“ die ausgezeichnete Lage des Montanergewerbes für das Jahr 1889 festzustellen vermochten — trotz des riesigen Ausmaßes oder vielleicht auch wegen desselben, der den Unternehmern größten Stilles gar nicht so unwillkommen gewesen sein dürfte —, so vermögen wir jetzt auf Grund der vereinsoffiziellen Angaben Dr. Ratorp's ein gleich gutes Geschäftsergebniß für das Jahr 1890 zu konstatiren. Wie die Handelsblätter melden, erklärte der schneidige Vertreter der Grubentabaklere, der bekanntlich auch eine durch und durch tendenziöse Arbeit über den 1889er Bergarbeiter-Streik geschrieben hat, daß „das Jahr 1890 ein sehr günstiges für den Bergbau gewesen ist, indem die Preise der Kohlen Einnahmen gewährten, die auch zur Zurückzahlung von Anleihen aus früheren Jahren ausreichten“. Die Kohlenenerzeugung werde in 1890, hieß es dann weiter, die von 1889 um 5 bis 6 Prozent übersteigen. In den ersten drei Vierteljahren von 1890 sind 26 1/2 Mill. Tonnen (die Tonne zu 20 Zentnern) gegen 24 Millionen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres gefördert worden.

Diese authentischen Erklärungen, die von den Bergwerks-Besitzern nicht bestritten werden können, mögen wohl im Gedächtniß behalten werden. Wenn die Gelegenheit da ist, um mit Erfolg eine Verbesserung der Arbeiterzustände fordern zu können, nicht früher und nicht später, da jeder Fehler in dieser Beziehung ein Verbrechen wäre, dann möge man mit diesen urkundlichen Belegen die windigen Ausreden eines halbstarrigen Plusmacherthums zurückweisen. Es ist ja die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaftsweise, daß auch die fetten Jahre zu mageren für die Proletarier werden, und daß in einem Athem die Blüthe der Industrie gepriesen und die absolute Unmöglichkeit, das bescheidenste Verlangen der Arbeiter zu befriedigen, mit eiserner Stirne verkündet wird.

Unsere Leser wissen, welche Rolle der Großbetrieb auf höchster Stufenleiter gerade im rheinisch-westfälischen Bergbau spielt, und daß jedes Jahr neue technische Fortschritte in diesem Gewerbe zu verzeichnen hat. Die Einzel-Unternehmung in der entfalteten Form der Aktiengesellschaft genügt gar bald hier nicht mehr zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Ziele, die Produktion von Reichtum wird durch Bergesellschaftung der Betriebe gestärkt. Der Abschluß von Preisvereinbarungen, die Gründung von Kartellen muß die selbstverständliche Wirkung dieses Entwicklungsganges sein. Nach verschiedenen Kämpfen und Krisen ist es gelungen, den Vertrieb der Grubenerzeugnisse zu einem einheitlichen zu machen, die Zentralisation des Kohlenhandels durchzuführen und Verkaufshindernisse zu errichten, welche an Stelle der einzelnen Betriebe den Verschleiß in die Hand nehmen und als Monopolmächte die Alleinherrschaft auf dem Markte an sich zu reißen streben. Die Koalition, die Vereinigung der Kapitalisten geht, wie man sieht, unaufhaltsam, ungehindert vor sich und kein Vereinsgesetz zerstört mit rauher Hand diese Verbände, welche öffentliche Fragen nicht bloß diskutieren, sondern auf das stärkste affizieren. Die Koalitionsfreiheit ist also kein leerer Wahn für die Bestehenden, und sie bemühen sich deshalb von den ihnen zustehenden Vorrechten ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Es ist mehr als einmal von uns hervorgerufen worden, daß wir nicht in engherzig-einstüchtiger Philisterart diesen ökonomisch wie politisch bedeutsamen und naturnothwendig sich vollziehenden Prozeß durch Polizeikriffe und Polizeigesetze, durch Justiz- und Landrathsdämmer zu hemmen wünschen. Unsere Ansicht ist es vielmehr, daß der Staat, welcher die Verbindung der Kapitalisten geschehen läßt, ohne Einspruch zu ergeben, die Koalition der Arbeiter, die Bildung von mächtigen Gewerkschaften gleichfalls dadurch schließt, daß er sich völlig passiv verhält. In diesem Falle sind wir entschlossenste Manchestermänner und huldigen dem Grundsatz des Gehens- und Geschehenlassens durchweg, ohne Rückhalt.

Das Recht auf Arbeiter- auf Berufsverbände aber wird nicht bloß durch die wirtschaftlichen Unternehmer-Verbände eo ipso begründet. Es wird gerade dringende Nothwendigkeit durch die unmittelbar gegen die Arbeiter gerichteten Gegen-Streikvereine, die wie Pilze aus der Erde geschossen sind und ihren Einfluß mit brutaler Energie geltend zu machen wissen vom Elbestrom bis zum Rhein, von Schwaben bis nach Pommern. Diese Kampfvereine sollen das Vischen Koalitionsrecht, das dem werththätigen Volke noch kraft des Gesetzes verblieben ist — der Antheil ist fast mikroskopisch winzig, — rundweg vernichten.

Herr Ratorp erzählte den Bergwerks-Baronen, daß der Ausstands-Versicherungsverein, den sie gestiftet haben, um die Bergleute im Baume zu halten,

im verflochtenen Jahre 1544 172 M an Beiträgen vereinnahmt und 94781 M ausgegeben hat. Es war von vornherein klar, daß man den Fortbestand dieser für die Interessen des Geldsacks so nützlichen Gründung beschloß. Gehören diesem Verein doch 94, ja und schreibe vierundneunzig Prozent der Gesamtförderung im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund an.

Die Arbeiter haben also im Streitfall es mit einer kompakten kapitalistischen Masse zu thun, die mit allen Mitteln sich zu wehren im Stande und gewillt ist. Gute Taktik und sorgfältigste Vorbereitung, stramme Organisation der Bergleute, das sind die Vorbedingungen für eine Auseinandersetzung zwischen Grubenkapital und Grubenarbeit.

Die Arbeiter wissen, daß jetzt ein Streit der helle Wahnsinn wäre, ihre berufenen Vertreter warnen davor, die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ erhebt ihre mahnende Stimme, und es ist klar, daß die Grubenleute, die 1889 zum ersten Male ein Gefecht in großem Maßstabe durchkämpften, sich hüten werden, einen Konflikt herbeizuführen, der für die Zukunft der Bergarbeiter-Bewegung von verhängnißvoller Wirkung sein würde. Sie haben gelernt, im Feuer zu egerziren, sie werden nur dann schlagen, wenn der Sieg ganz sicher ist.

Über die 1544 172 M des Ausstands-Versicherungs-Vereins sind lehrreich nach zwei Richtungen hin. Sie zeigen, wie nothwendig es ist, sich zu organisiren. Sie zeigen, wie ungenützt die Kapitalisten sich koaliren dürfen, wie berechtigt die Forderung der Arbeiter ist, daß man sie mit gleichem Maße messe.

Ohne Arbeiter-Organisation keine friedliche Entwicklung! Und wenn man auch, was nicht geschieht, die Sklaven gut fütterte, Sklaven blieben sie doch. Sklaven, die einmal anfangen könnten, das zu thun, was Seneca den römischen Zäsuren warnend in's Ohr geflüstert, sich zu zählen.

(„Berl. Volksbl.“)

### Ein wunderbares Urtheil

hat das Landgericht in Magdeburg in dem dort gegen die Vorstände von 15 Fachvereinen anhängigen Prozeß, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz, gefällt.

Die Anklage stützte sich bekanntlich auf das „Inverbindtreden“ und sind die Magdeburger Richter in der Rechtsfindung so ziemlich zu dem genannten Gegentheil gekommen, wie ihre Berliner Kollegen in dem von uns bereits besprochenen Urtheil im großen Maurer-Prozesse.

Wir sind auf dem Gebiete der Rechtsprechung etwas gewöhnt und wir wissen, daß Göthe's Wort: „Segt ihr nicht aus, so legt ihr unter“, heute noch so gut seine Berechtigung hat, als zu der Zeit, da es niedergeschrieben wurde; aber das Magdeburger Erkenntniß, verglichen mit dem Rechtspruch der Berliner Richter, zeigt so recht, wie ganz unhaltbar die Zustände auf dem Gebiete des Vereinswesens geworden sind und wie die Auslegungskunst der rechtsgelehrten Herren es schließlich dahin gebracht hat, daß für die Arbeiter das im Vereinsgesetz garantierte Vereinigungsrecht wirklich nicht mehr das Papier werth ist, auf dem es steht.

Doch man lese den salomonischen Weisheitspruch der Magdeburger Herren im Lalar und Baratt selber: Das Erkenntniß geht von der Annahme aus, daß die Gewerkschafts-Vereine politische Vereine seien. Zum Beweise hierfür bringt dasselbe folgende Gründe bei:

„Die gewerkschaftliche Bewegung ist an sich nicht ausschließlich gewerkschaftlich, sondern stark von sozialdemokratischen Momenten durchsetzt. Es sei bekannt, daß seiner Zeit zur Konsolidirung der sozialdemokratischen Prinzipien auf die Gewerkschaftsbewegung das Schwergewicht gelegt worden sei.

Daß die Gewerkschafts- resp. Fachvereine politische Vereine seien, das ginge auch aus den Thematata hervor, welche in den Vereinsversammlungen und in den öffentlichen Versammlungen behandelt worden seien. Es sei in denselben neben der Lohnfrage über Arbeiterschutz, über Kinder- und Frauenarbeit, über Gefängnisarbeit, über Vereinsgesetze, über Lebensmittelzölle zc. gesprochen worden. Die Referate waren durchweg agitatorischer Natur und sie waren auch zumest von berufsmäßigen Agitatoren, die man häufig zu diesem Zwecke von Auswärts hergeholt hatte, gehalten worden; des weiteren diene die häufig gebrauchte Phrase, man wolle die Klinker der Gesetzgebung in die Hand nehmen, zur Illustrirung dafür, daß die Fachvereine sich bewußt gewesen seien, durch ihre Bestrebungen auf die öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken.

Wenn nun hiermit bewiesen ist, daß die politische Natur besagter Vereine außer Zweifel steht, so kann es ebenfalls nicht zweifelhaft sein, daß dieselben miteinander in Verbindung getreten sind.

Es sei, da die gewerkschaftliche Bewegung ihre Zwecke nicht rasch und sicher genug erreichte, dieselbe zentralisirt worden, damit dieselbe um so sicherer geleitet werden könnte; und das Generalkomitee für Magdeburg und Umgegend sollte der Kristallisationspunkt sämtlicher Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung sein.

Die Fachvereine haben auch sehr wohl gewußt, daß das Generalkomitee einen gesetzlich verbotenen Verbindungs-Mittelpunkt politischer Vereine darstelle, darum habe man es vermieden, Delegirte zu demselben in Vereinsversammlungen zu wählen, sondern habe dazu öffentliche Versammlungen einberufen, aber dieselben seien nichts anderes als eben auch nur Vereinsversammlungen gewesen. Die Ähnlichkeit und Gleichheit die in beiden behandelten Thematata, die Theilnahme von fast ausschließlich denselben Persönlichkeiten, die Wahl von Vereins-Mitgliedern in das Bureau, die Behandlung und Erledigung von reinen Vereinsangelegenheiten in denselben seien Anhaltspunkte genug, um zu beweisen, daß die öffentlichen Versammlungen nur erweiterte Vereinsversammlungen gewesen seien. Gestützt wird diese Annahme noch durch das Auftreten des Zwittergebildes der öffentlichen Vereins-Versammlungen.

Es ist also hiermit erwiesen, daß das General-Komitee nur ein Organ sämtlicher Vereine darstellte, und wenn dies auch nicht statutarisch ausgedrückt worden sei, so wäre es doch thatsächlich der Fall gewesen. Die Delegirten zum Generalkomitee seien sich des innigen Zusammenhanges zwischen Fachvereinen und Generalkomitee wohl bewußt gewesen.

Nicht in Betracht bei der prinzipiellen Entscheidung des vorliegenden Falles komme es, daß die Wirksamkeit des Generalkomitees nur außerordentlich gering gewesen sei. Es läge bereits eine strafbare Handlung vor, wenn die in den Vereins- resp. öffentlichen Versammlungen gepflogenen Erörterungen auch nur den Zweck des Inverbindtredens politischer Vereine dokumentirt hätten.

Bei der Strafabmessung komme in Betracht, daß aus dem Zusammentreten der Gewerkschaftsvereine diejenigen Nachtheile für Staat und Gesellschaft nicht entsprungen sind, welche der Gesetzgeber durch Aufstellung der qu. Gesetzbestimmung verhindern wollte, das Agitations-Komitee habe dazu nur zu geringe Thätigkeit entfaltet.

Da aber die Befürchtung gerechtfertigt sei, daß die beiden nicht ein-

getretenen Nachtheile späterhin eintreten könnten, so sei auf Schließung der betreffenden Vereine zu erkennen; denn wenn auch manches für die Arbeiter nützlich in den Versammlungen besprochen worden sei, so sei doch kein Zweifel, daß eine ganze Reihe von Fragen behandelt worden seien, die bei dem geringen Bildungsgrade der Theilnehmenden geeignet gewesen wären, die Sicherheit von Staat und Gesellschaft zu gefährden, die schon vorhandene Gährung in den Massen zu fördern. Angesichts der Art und Weise, wie in den Versammlungen Politik getrieben worden, wie auf die Meinung der Massen eingewirkt worden sei, sei eben auf Schließung der Vereine zu erkennen, um das nicht in geringem Grade Gemeingefährliche gegen die Sicherheit des Staates im Keime zu unterdrücken.

So das Magdeburger Urtheil. Ein Wort über dasselbe weiter zu verlernen, halten wohl unsere Leser für ebenso überflüssig wie wir. Konstatieren wollen wir nur, daß die Polizei sofort ihre Anwendung aus demselben gezogen hat, indem sie ein Duzend Hausdurchsuchungen veranstaltete, um Material zu einem Prozeß gegen die Parteioorganisation zu beschaffen und daß außerdem der Arbeiterinnen-Verein Magdeburg, ohne Angabe irgend welchen Grundes, geschlossen wurde. Die Vereine der Zuckerplantagen-Besitzer in der Provinz Sachsen und in Magdeburg selbst bestehen dagegen ungestört weiter, trotzdem sie in der letzten Zeit eine fieberhafte politische Thätigkeit entfalten, um sich die nach Millionen betragenden Zucker-Ausfuhrprämien auch weiterhin zu sichern. Diese Ausräuberung der Konsumenten ist eben eine „Staat und Gesellschaft“ weniger gefährdende Thätigkeit, als das Verlangen nach Schutz für Frauen und Kinder. Somit schreiben wir 1891 und befinden uns im Zeichen des praktischen Christenthums und der Sozialreform.

### Delegirtenstag der Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg u. Pommern.

Der Kongreß wurde am 28. Dez. Morgens um dreizehn Uhr durch den Genossen Pöhlert eröffnet. Die Herren Pöhlert und Klein werden provisorisch in das Bureau gewählt. Hierauf werden zur Prüfung der Mandate die Herren Kunze (Stettin), Döhrner (Potsdam), Weber und Hartmann (Berlin) bestimmt. Nach einer halbständigen Vertagung des Kongresses, während welcher Zeit die Mandate geprüft wurden, wurden definitiv zur Leitung der Verhandlungen die Herren Pöhlert, Kunze, Klein und Döhrner gewählt. Nach Verlesung eines Begrüßungs-Telegramms der Berliner Drahtarbeiter wird, da die Mandatsprüfungs-Kommission ihre Arbeiten noch nicht erledigt hat, in den ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Delegirten über die örtlichen Verhältnisse, eingetreten. Dazu ergreift zuerst Herr Döhrner das Wort. Derselbe gibt den Bericht über die Lage der Metallarbeiter aller Branchen Berlins. Er fährt aus: Da in allen Branchen der Metall-Industrie Berlins die Lage der Arbeiter die gleiche ist, bin ich mit der Berichterstattung über dieselbe betraut worden und ist von einer Berichterstattung über die in jeder Branche herrschenden Verhältnisse Abstand genommen. Die Metallarbeiter Berlins haben im letzten halben Jahre eine große Schlappe, was die Bewegung betrifft, erlitten. In erster Linie ist da die Arbeiterbewegung zu erwähnen, welche von uns Allen mit so großem Enthusiasmus aufgenommen wurde. Damals haben die Unternehmer das Wort eines in der Nähe Hamburgs lebenden großen Mannes wahr gemacht, welcher da sagte, sie müßten auch mal freieren. Wir sind uns darüber einig, daß das Vorgehen der Unternehmer zu jener Zeit in seiner Wirkung für die Arbeiter grausamer war, wie das verlassene Sozialistengesetz. Durch die Anwendung der schwarzen Listen seitens der Unternehmer wurden Hunderte zu Grunde gerichtet. Viele der Kollegen laufen jetzt noch arbeitslos herum. Wir haben versucht, die Unternehmer auf Grund der von ihnen in diesem Kampfe begangenen Verbrechen gegen das Gesetz zu belangen. Leider vergebens. Das Vorgehen der Unternehmer war ein derartig

rigoroses, daß Leute vermittelst der schwarzen Listen langer Arbeitslosigkeit ausgesetzt wurden, ohne etwas Besonderes gemacht zu haben; so wurde ein Mann ausgeschlossen, weil er seinen Sohn aus der Fabrik, in der er als Beschäftigter war, fortlab. Ein gutes Mittel zur gründlichen Durchführung des von den Unternehmern vermittelst schwarzer Listen in Arbeiterkreisen angelegten Unheils bietet ihnen ihr Arbeitsnachweis. Viele, die gezwungen sind, ihn in Anspruch zu nehmen, werden abgewiesen, weil sie in einer schwarzen Liste verzeichnet sind. Den Metallarbeitern Berlins stehen jetzt nicht mehr die Fabriken als Einzelunternehmer gegenüber, sondern in ganzen Ringen. Diese sind es, welche die Schlappe, die die Bewegung erlitten, möglich machte; sie haben starke Organisationen, wie die der Former zu Grunde gerichtet. Allerdings ist auch der Indifferentismus der Kollegen mit Schuld daran. Thatsächlich war es bei vielen Kollegen nur Strohhalm, was sie zur Organisation trieb. Wir haben jetzt unsere Taktik beim Vorgehen gegen das Unternehmertum den neuen Verhältnissen anzupassen; es ist nicht mehr der einzelne Fabrikant, dem wir entgegentreten. Die beste Agitation innerhalb der kleinen Werkstätten und Fabriken für die Organisation wird durch in ihnen beschäftigte Vertrauensleute geleitet können. Ein Vorgehen einzelner Branchen wird in Zukunft vermieden werden müssen; was dadurch bisher erreicht worden, ist nur minimal oder gar nichts. Vielfach ist Erreichtes wieder verloren gegangen. Ein eigenartiges Zeichen ist es, daß sich die kleinen, in Innungen organisierten Unternehmer den Großkapitalisten, ihren natürlichen Todfeinden anschließen, um mit ihnen gemeinsam die Arbeiter zu bekämpfen. Jetzt sind die Verhältnisse im Gewerbe so traurig, daß an ein offensives Vorgehen unsererseits gar nicht zu denken ist. Ueberall liegt das Gewerbe darnieder. Ich bin der Meinung, daß, wenn der 1. Mai nicht gewesen wäre, es zu den Streikthätigkeiten im Gewerbe gekommen wäre. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer wird nicht mehr lange bestehen. Die Vorarbeiter sind froh, wenn sie keine Arbeiter von daher zu nehmen brauchen. Ist die Konjunktur eine bessere wie jetzt, so wird dieser Nachweis von Arbeitern nicht gar nicht, so doch sehr wenig in Anspruch genommen werden. Die Geschäftskonjunktur ist zur Zeit in allen Branchen der Metallindustrie Berlins die gleiche schlechte; einen flotteren Geschäftsgang hatten im Herbst nur einige derselben.

Das nunmehr bekannt gegebene Resultat der Mandatsprüfung ist folgendes: Eingegangen sind 42 Mandate; von diesen wird eins als ungültig erklärt, da es von einem Verein ausgestellt ist. Von den 41 Delegirten sind 11 aus anderen Ortschaften, hiervon 9 aus Brandenburg und 2 aus Pommern.

Zur Berichterstattung ergreift hierauf Becker (Spandau) das Wort: Es existieren dort fünf königliche Institute, in welchen insgesamt ca. 10,000 Arbeiter der Metall-Industrie beschäftigt sind. Die Leute lassen sich in keiner Versammlung sehen. Da sie streng überwacht werden, hält dies für sie auch schwer. Früher waren die Verhältnisse in diesen königlichen Werkstätten sehr gut; jetzt kommen sie immer mehr herunter und werden bald nicht mehr weiter herunterkommen können. Die durch den früheren Kriegsminister eingeführte Art der Beschwerdeführung direkt an den Leiter ist jetzt abgeschafft und der sehr unethische Infranzweg wieder eingeführt worden. Nach einer Bekanntmachung darf sich keiner der Kollegen einer Organisation oder der Agitation für eine solche anschließen, auf die Eventualität hin, entlassen zu werden. Um dieser Angelegenheit willen sind schon Entlassungen erfolgt. Wir haben Branchen in den Spandauer Fabriken vertreten, die so zu sagen spielend ihr Geld verdienen und wieder andere, deren Angehörige bei angestrengter Arbeit kaum so viel verdienen, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen können. In letzter Zeit haben sich in Spandau die Klemperer- und Kupferschmiede-Meister in Innungen vereinigt. Sie haben dann schikme Werkstättenorganisationen geschaffen. Jeder Geselle ist erstens verpflichtet, 11 Stunden zu arbeiten. Nach einem § 3 wird jedem Gehilfen für das auf eine bestimmte Zeit Inanspruchnehmen eines der Burgen ein bestimmter Theil seines Verdienstes abgezogen. Des Weiteren wird dem Gehilfen, wenn er vom Meister nicht auf dem ihm zugewiesenen Plage gefunden wird, der Verdienst einer Stunde abgezogen. Auf diese Art und Weise kann man nicht mal, ohne eventuell in Strafe zu verfallen, seine Nothdurft verrichten. § 11 verpflichtet den Gesellen, nach Erledigung seines 11stündigen Arbeitspensums den Platz aufzuräumen.

Scharu (Friedrichshagen): Vor zwei Jahren wurde in Friedrichshagen ein Hirsch-Dücker'scher Gewerbeverein gegründet. Dem versuchten wir entgegenzutreten, anfänglich

durch Gründung der Freien Hilfskassa. Vorm 1. Mai traten wir an Herrn Gladenbeck wegen Freigebung dieses Tages heran. Das wurde uns nicht bewilligt; aber die achtstündige Arbeitszeit, die wir ja jetzt noch haben. Im Juni berichtigten wir einen Verein zu gründen, welcher dann im August zu Stande kam. Anfangs aus 38 Mitgliedern bestehend ist derselbe schon wieder zusammen geschmolzen. In Friedrichshagen mit Umgebung, Köpenick dazu gerechnet, leben ca. 5-600 Kollegen. Vielleicht ließe sich im Anschluß an Berlin eine bessere Organisation herstellen.

Kunze (Stettin): Wir sind seit Jahren bestrebt gewesen, in Pommern eine gute Organisation zu schaffen; haben dabei sehr viele Mißerfolge zu verzeichnen gehabt. Auch in Stettin, was vorläufig in Punct der Gewerkschaftsbewegung, wie auch der politischen, Pommern ist, hat die Arbeiter die gewerkschaftliche Bewegung um Monate, wenn nicht um Jahre zurückgehen lassen.

Von den 6-7000 in Stettin arbeitenden Kollegen haben nur ca. 500, bei denen allerdings alle Branchen vertreten waren, den 1. Mai gefeiert. Es waren dies die Arbeiter einer Nähmaschinen-Fabrik, in welcher übrigens unsere besten Kräfte unter den Stettiner Kollegen sitzen. Von den Arbeitern des „Vulkan“ (ca. 4-5000) war vor dem 1. Mai beschlossen worden, denselben zu feiern. Kurz vor dem 1. Mai wurden im Stablfement Risten herumgehen lassen, auf die Jeder schreiben mußte, ob er gewillt sei am 1. Mai zu arbeiten. Selbstverständlich mußten diejenigen zuerst unterschreiben, bei denen man sicher war, daß sie arbeiten würden. Durch diese Manipulation wurde die Fete des 1. Mai illusorisch gemacht. Unser Hauptaugenmerk haben wir in letzter Zeit beim Versuch der Gründung von Vereinen in anderen Städten Pommerns auf Stargard gelenkt. Mit Ausnahme einer der dortigen Fabriken wurden in allen anderen Plakate angeklebt, in welchen der Besuch der Versammlungen bei Entlassungsstrafe untersagt wurde. Die Feste, in welcher dies nicht geschah, war vollständig vertreten, und es gelang nach mehrmaligem Reisen nach Stargard einen Verein zu gründen. Raum war dies geschah, so wurden die Vorstandsmitglieder gekündigt. Hält es so in Stargard schon schwer, die Kollegen zu organisieren, so in den Städten Hinterpommerns noch viel mehr. In Stettin müssen wir uns jetzt vollständig passiv verhalten, da die Geschäftskonjunktur eine miserable ist. In der genannten Nähmaschinen-Fabrik, in welcher die Arbeiter während der guten Zeit etwas erreicht hatten, ist ihnen dies theilweise wieder verloren gegangen. Der Lohn beträgt durchschnittlich in Stettin 23 bis 25 A pro Stunde. Ausgenommen hiervon sind die Nähmaschinenarbeiter und die Former. Organisiert sind die Klempner, die Schmiede, die Metallarbeiter und Mechaniker, doch alle nicht gut. Es muß eine einheitliche Organisation geschaffen werden; die Branchenzerpflitterung hat keinen Zweck.

Kanter (Forst in der Lausitz): Die Lohnverhältnisse sind traurige. Gearbeitet wird schon (11 Stunden) für 8, 9 und 12 A; der Durchschnittslohn ist 15 A und der höchste nur ausnahmsweise vorkommende Verdienst 17 bis 18 A. In der Umgegend, so in Gassen, Spremberg, Sorau sind die Verhältnisse ebenso schlecht, wenn nicht noch schlechter. In Forst besteht ein Verein, der ca. die Hälfte der dort lebenden Metallarbeiter als Mitglieder besitzt (von ca. 120 sechzig), die Metallarbeiter sind abhängig von der Textilindustrie. Ist in dieser etwas zu thun, so auch bei ihnen.

Happig (Stettin) ergänzt die Ausführungen des Genossen Kunze. Der Verdienst der Former Stettins beläuft sich pro Stunde auf 30 bis 40 A. Der Verein beläuft vor dem 1. Mai 175 Mitglieder; jetzt besitzt er nur noch ca. 54. Meiner Ansicht nach für lokale Zentralisation der Metallarbeiter-Vereine aus. Er hat den Aufruf, dahin zu wirken, daß von Berlin aus Kollegen als Referenten nach Stettin geschickt werden. Mit Ausnahme von 30 schlafen alle anderen Former dort jetzt den Schlaf des Gerechten.

Beterberg (Brenzlau): Die Haltung der Prinzipale uns gegenüber ist eine sehr gute. Die Lohnverhältnisse der Former sind gute zu nennen; sie haben einen Verdienst von 24 bis 30 A. Bedauerwerth dagegen ist die Lage der Schlosser. Bei 11stündiger Arbeitszeit verdienen sie 12 A; ausnahmsweise mal 15 bis 18 A. Es existiert ein Hirsch-Dücker'scher Gewerbeverein; dies erschwert die Gründung einer uns genehmen Organisation. Will man den Kollegen ihre Lage im richtigen Lichte zeigen, so werden sie brutal.

Kieburg (Potsdam): Für Potsdam hat der 1. Mai besondere Ereignisse nicht mit sich gebracht. In der Eisenbahn-Werkstatt ist es den Arbeitern verboten, einer Organisation anzugehören. Der Minimallohn ist jetzt in Potsdam 15 A; jedoch

kommt es immer noch vor, daß einzelne Kollegen für 9 A arbeiten. In dem größeren Betriebe, in welchem ich beschäftigt bin, sind wir jetzt gezwungen, uns jeder Agitation zu enthalten.

Döhrner (Potsdam): Von den in der Schwermetalldar beschäftigten Kollegen ist dies einer in unserem Verein; die anderen gehören dem Gewerbeverein an. Die Agitation ist eine minimale, da durch den Streik in der Hirsch'schen Maschinen-Fabrik gezwungen, die Leute, die immer für den Verein eintraten, die Stadt verlassen mußten.

Nachdem noch zum ersten Punkt der Tagesordnung die Herren Pöhlert und Klein gesprochen, gleich den anderen Rednern den in Metallarbeiter-Kreisen noch sehr vertretenen Kostengeist verurtheilend, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Anbetracht, daß, wie aus den Berichten aus den Provinzen Brandenburg und Pommern hervorgeht, die Arbeitsverhältnisse überall die denkbar schlechtesten sind und die Arbeiter in jeder Beziehung der Willkür der Unternehmer preisgegeben sind, beschließt der Delegirtenstag, überall Organisationen der Arbeiter zur Vertretung ihrer materiellen Interessen zu gründen und macht es besonders den Berliner Genossen zur Pflicht, für kräftige Agitation in obigen Provinzen zu sorgen.“

Hierauf wird der Delegirtenstag um 12 Uhr 10 Min. um anderthalb Stunden vertagt. Nach Wiedereröffnung ergreift zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie kommen wir den Beschäftigten des Weltmarer Metallarbeiter-Kongresses in Betreff der Reise-Unterstützung, des Arbeitsnachweises und Herbergnehmens nach?“ der Genosse A. Gerisch das Wort. Er führt aus: Das, was wir bis jetzt gehört haben, ist sehr trauriger Natur. Wir haben gesehen, daß die Unternehmer in der Lage sind, mit ihren Arbeitern machen zu können, was sie wollen. Was die Reise-Unterstützung betrifft, so müssen wir einen Unterschied machen zwischen Berlin und anderen Städten. Es wird sich darum handeln, um Berlin herum Stationen einzurichten. Dies ist Sache der Vertrauensmänner. Außerdem haben wir danach zu trachten, daß unsere reisenden Kollegen nicht jene Anstalten in Anspruch nehmen brauchen, deren Inanspruchnahme sie zu Bagabunden stempelt. Große Unzulänglichkeiten bringt zur Zeit in Berlin, welches gewissermaßen eine kleine Welt für sich ist, das Unterstützen der reisenden Kollegen durch jede Branche besonders und in besonderer, nicht einheitlicher Höhe, mit sich. Hier muß eine einheitliche Regelung eintreten. Dies geht Alles noch leicht zu bewerkstelligen; nun kommt aber noch der eigentliche Punkt des Kampfes der Arbeitsnachweise hinzu. Das Arbeitsnachweiswesen war und ist es auch jetzt noch in vielen Städten sehr leicht zu regeln. Ganz anders ist es aber da, wo die Zentralisation der Arbeit sich in ihrer höchsten Form bemerkbar macht, so wie es dies in Berlin der Fall ist. Es ist thatsächlich einem Unternehmer unserer Zeit nicht zu verdenken, daß er nicht eine ganze Reihe von Arbeitsnachweisen in Anspruch nehmen will. Das Arbeitsnachweiswesen ist unter eigenem Feld; wir müssen es uns zu erhalten suchen. Wo es gilt, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, müssen wir darüber zu bestimmen haben können, in welcher Weise dies geschieht. Meiner kritisiert in scharfer Weise das Verhalten der Unternehmer der Metall-Industrie ihren Arbeitern gegenüber. Man habe bei den vorgenommenen Maßregelungen sogar der Privatrade die Bügel schließen lassen. Bedn. ist nicht der Meinung Köhrner's, daß der Arbeitsnachweis in der Gartenstraße (der der Metallindustriellen) so bald vertragen wird. Ist auch mal die Geschäftslage eine günstige, so sind dann doch immer noch eine Menge Ueberflüssiger vorhanden. Aber wir können nachhelfen während dieser Zeit, dem Nachweis den Garau zu machen. Die Metallarbeiter Berlins dürfen nicht ruhen noch rasten, bis dieses Zwang-Ur ist gestürzt ist. Die ganzen Metallarbeiter Berlins ohne Unterschied der Branchen müßten an der Schaffung eines einheitlichen, sich in unseren Händen befindlichen Arbeitsnachweises mitarbeiten. Mit ihm müßte eine einheitliche Reise-Unterstützung und eventuell auch eine einheitlich geleitete Herberge verbunden sein. Dem Kostengeist, über den so viel geklagt wurde, muß energig entgegengetreten werden. Dem jungen, vorurtheilsvollen Metallarbeiter wird, ihm selbst unbewußt, Klar gemacht, wenn er nach Berlin kommt und der Unterstützung, der Arbeit und des Logis wegen sich an eine Centralstelle zu wenden hat, daß er nicht nur Mitglied einer besonderen Branche, sondern auch Mitglied einer großen Familie von Branchen ist. Wir haben ein heiliges Interesse daran, den jungen, nach Berlin Kommenden Kollegen in gute Hände gelangen zu lassen. Wie wir hier in Berlin die besprochenen Angelegenheiten regeln werden, das können wir noch nicht sagen,

das aber wissen wir, daß es gemeinsam alle hier vertretenen Branchen der Metallindustrie thun müssen. Es liegt gewissermaßen in der Luft; wir gehen einer Zeit der Zentralisation entgegen. Beschließt ein späterer Metallarbeiter Kongress, eine solche zu gründen, so werden auch wir in Berlin uns dem fügen müssen. Ich kann mich nicht der Meinung verschließen, daß, wenn wir nicht bei unseren alten, trübsinnigen Einrichtungen geblieben, sondern mit den Verhältnissen fortgeschritten wären, es nicht hätte so weit kommen brauchen, wie es gekommen ist nach dem 1. Mai, daß wir nämlich in die Defensivlinie zurückgedrängt wurden.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Herren Kanter, Wernitzki, Ranke, Trittelwig, Körsen, Hartmann, Selchow, Bittin, Weber, Gökow, Günther, Rütke, Ederdt, Deikourt und Gerisch. Alle Redner, mit Ausnahme des Herrn Selchow, welcher eine wesentlich abweichende Meinung darin hatte und diese vertrat, stimmten darin überein, daß die Fa-Organisationen, wie sie jetzt bestehen, unzureichend seien. Als eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Organisationsform wurde die lokale Zentralisation befürwortet; ebenso eine einheitliche Regelung des Arbeitsnachweises, der Unterstützung und des Herbergwesens. Herr Selchow hält letzteres für unmöglich und tritt für die bestehenden Fach-Organisationen ein. Man solle Alles beim Alten lassen; Versuche dürften nicht gemacht werden. Diesen Ausführungen traten die nach Selchow sprechenden Redner entgegen. Nach persönlichen Bemerkungen der Herren Selchow und Bittin wurden folgende Resolutionen angenommen:

1) „In Bezug auf Reiseunterstützung befürwortet die Versammlung, in verschiedenen Städten der Provinz Zahlstellen einzurichten. Die Beiträge werden bis auf Weiteres von den Vertrauensleuten der Provinz den Zahlstellen überwiesen.“

2) „Der Delegirtenkongress kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß durch die in Wirkung getretenen Verbände der Arbeitgeber ein Zustand geschaffen ist, welchem mit Nachdruck durch die zur Zeit bestehenden Formen der Fach-Vereinigungen nicht mehr entgegenzutreten ist. Der Delegirtenkongress erkennt die Unabweisbarkeit und Nothwendigkeit an, daß die Institute des Arbeitsnachweises, des Reise-Unterstützungss- und Herbergwesens künftig zentralisiert sein müssen, um nur einen Schritt dazu zu thun, daß sich die Arbeiter als gleichberechtigter Faktor dem Unternehmer gegenüberstellen können. Der Vertrauensmann der Provinz wird beauftragt, die näheren Schritte hierzu zu unternehmen.“

Hierauf wird der dritte Punkt der Tagesordnung: „Gründen wir für die Provinzen Brandenburg und Pommern eine eigene Agitationsklasse?“, erledigt. Hierzu sprechen die Herren Redner, Wätje, Gerisch, Hartmann, Ahlers, Kanter, Runge, Kieburg, Becker, Wätje, Trittelwig. Es handelte sich darum, das umständliche Inverbindungsein der einzelnen Ortsgruppen mit den Hauptvertrauensmännern der Branchen wegen der Agitationsgelder, zu beschließen. Es wurde beschlossen, daß die Vertrauensleute der Provinz den Vertrieb der Marken vom Hauptvertrauensmann übernehmen, einen Theil des gesammelten Geldes an diesen abzuliefern und den anderen für die Agitation in den Provinzen zu verwenden hatten. Folgender Antrag wird hierauf angenommen:

„Der Delegirtenkongress der Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg und Pommern beschließt, daß der Vertrauensmann dieser beiden Provinzen vorläufig 50 Prozent der eingegangenen Gelder zur Agitation zu verwenden hat. Sollte dies nicht ausreichen, so hat der Provinzialvertrauensmann sich um Weiteres an die Vertrauensleute Deutschlands zu wenden.“

Für die Provinzen Brandenburg und Pommern wird nun der Genosse Pätzold einstimmig als Vertrauensmann der Metallarbeiter gewählt.

Bei dem fünften Punkte der Tagesordnung: Antrag, der Delegirten spricht Kollege Niemetzsch den Wunsch aus, daß die Regelung der Organisation in Berlin so schnell wie möglich in Angriff genommen werde. Kollege Hartmann kritisiert den in Hamburg domizilirenden „deutschen Schlosserverband“. Kollege Wernitzki machte bei dieser Gelegenheit Mittheilungen aus einem Briefe, der ihm von einem, in Folge der Reise nach Amerika ausgewanderten Kollegen zugegangen war. Derselbe theilte mit, daß er bei seinem Aufenthalt in Hamburg sich im Verkehrslokale der Schlosser aufgehalten habe. Dort sei auch gelegentlich einer Vorstandssitzung des Hamburger Schlosser-Fachvereins die „Metallarbeiter-Zeitung“ ausgegeben worden. Ich habe mir

nun, heißt es in dem Schreiben, ein Exemplar derselben aus, konnte aber selbst für baare Münze keines bekommen, trotzdem eine Menge übrig waren und sich einige Hamburger Kollegen für mich einlegten. Als es nun gar in der Sitzung bekannt wurde, daß ich von Berlin zugereist kam, nannte mich der derzeitige Vorsitzende, ein Herr Franz Dieblich, gar einen Lumpen und Streifbrecher, trotzdem ich ihm erklärt hatte, daß ich am folgenden Tage nach Amerika abampfen würde.“ — Inzwischen war folgender Antrag des Kollegen Hartmann eingegeben:

„Der Delegirtenkongress spricht den Gründern des deutschen Schlosserverbandes und der Schlosserzeitung sein ganzes Mißtrauen aus.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und hierauf der Delegirtenkongress mit einem dreifachen Hoch auf die Metallarbeiter-Bewegung geschlossen.

## Korrespondenzen.

### Formen.

**Halle a. S., 5. Jan.** Die Formen der Firma Pagland stellen heute die Arbeit ein. Vor Beginn wird gewarnt. Ausführlicher Bericht folgt.

**Altgerdsdorf i. Sachl.** Allen Kollegen zur Nachricht, daß wir seit längerer Zeit eine Fremdenkassette gegründet haben, welche jedem durchreisenden Kollegen, der mindestens 14 Tage außer Arbeit ist, eine Unterstützung von 50 Pf. gewährt. Die Zahl der hier arbeitenden Formen beträgt 20-25, jedoch ist trotz mehrmaliger Aufforderung bloß die Hälfte uns beigetreten. Das Geschenk wird zu jeder Tagesspeise in der hiesigen Kasse ausbezahlt. Sämtliche Vereinsvorstände werden gebeten, von hier sich auf die Reise begebende Kollegen, welche mit dem Stempel der Kasse abgemeldet sind, die gleiche Unterstützung angedeihen zu lassen, wie den mit Vereinsblättern versehenen Kollegen. Briefe und sonstige Sendungen sind zu richten an Wilhelm Knobloch, Kassirer, Neugersdorf.

**Berlin.** Der Fachverein der Formen tagte am 27. Dezember v. J. unter Vorsitz des Kollegen Jost. Kollege Plägel hielt einen Vortrag über die soziale Entwicklung Schottlands und Irlands, der den ungetheilten Beifall sämtlicher Anwesenden fand. An der Diskussion beteiligte sich Kol. Körsen. Im Schlußwort forderte Kollege Plägel auf, sich zur Organisation zu stellen und neue Kräfte heranzuziehen. Der 2. Punkt der Tagesordnung mußte abgesetzt werden, weil viele Vilets noch nicht bezahlt sind, was an der Saumlässigkeit mehrerer Kollegen liegt. Es forderte Kollege Jost auf, die noch zu zahlenden Beiträge so schnell wie möglich an den Kassirer zu entrichten. Ein Kollege machte den Vorschlag, vom Fachverein die „Metallarbeiter-Zeitung“ obligatorisch einzuführen und dafür den Beitrag von 10 auf 20 Pfennig zu erhöhen. Der Antrag wurde aber nicht angenommen, jedoch den Kollegen warm empfohlen, dies Blatt in jeder Werkstätte einzuführen, und zwar bezahlet, daß dort, wo mehrere Mann arbeiten, immer 2 und 3 Mann zusammen abonnieren. Kollege Stobsaß beleuchtete dann den Besuch der Matinee und den der Versammlung, und führte recht treffend aus, daß viele Kollegen wohl bei Vergnügungen zu finden sind, aber nicht an dem Plage, wohin sie gehören. Kollege Polson brachte die verlesenen Gerichte über Kollegen Nothland, der nach Amerika gegangen ist, zur Sprache. Er sollte dem Fachverein 2000 M. unterschlagen haben. Der Vorstand wies diese Verleumdung mit Entrüstung zurück. Von Kollege Körsen wurde dann der Antrag von Kennans Schirren empfohlen und der Antrag von der Versammlung genehmigt. Es entspann sich dann noch eine Diskussion über Krankenkassen. Kollege Mewes forderte auf, der Formen-Krankenkasse beizutreten. Kollege Bernhys trat dagegen für die freien Hilfskassen ein und empfahl die Metallarbeiter-Krankenkasse (eingeschriebene Hilfskasse 29) mit dem Sitz in Hamburg.

**Breslau.** Schreiber dieses wurde von den hiesigen Formern beauftragt, sich mit den ober-schlesischen Formern in Verbindung zu setzen behufs Gründung von Fachvereinen. Zu diesem Zwecke war ich am 21. und 25. Dezember v. J. in Oberschlesien. Ich habe gefunden, daß es zwar sehr schwer halten wird, in manchen Orten Fachvereine zu gründen, in einigen es aber ganz leicht ist. In den meisten Orten ist erst der Hirsch-Dunker'sche Verein aus dem Wege zu räumen. Ich habe mit vielen Mitgliedern davon gesprochen, darunter dem Vorsitzenden einer größeren Gewerkevereins-Abtheilung, welche sofort bereit wären, dem Gewerkverein Belet zu sagen, wenn sie nur einen Erfolg hätten für die Krankenkasse. Ich bin der Meinung, daß da, wo der Gewerkverein im Wege ist, vor allen Dingen Fiktionen der Metallarbeiter-Krankenkasse zu Hamburg gegründet werden müssen, und

daß vorläufig einzelne Exemplare der „Metallarbeiter-Zeitung“ nach dort versandt werden, damit sich die Kollegen in Oberschlesien klar werden. Das Uebrige werden wir dann weiter besorgen. Nach Allem, was ich in Oberschlesien wahrgenommen habe, wird es nie mehr vorkommen, daß Oberschlesier die streifenden und ansgeperrten Kollegen auf irgend eine Weise schädigen, sondern im Gegentheil thätigst unterstützen werden. Es fehlt nur an einer regen Agitation und Oberschlesien ist organisiert. Um dieses zu erreichen, muß ein Jeder seine Schuldigkeit thun, hauptsächlich die Presse. Wir haben gute Aussicht, daß einzelne Orte sich schon in nächster Zeit der Bewegung anschließen und dies in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt machen werden.

**Hagen.** Am 30. November v. J. hielt der Formen-Fachverein eine Extra-Generalversammlung ab. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Wilh. Minze, Kurfürstenstraße 19, 2. Vors. Wilh. Schier 1, 1. Schriftführer Wilh. Schier 11, Elberstr. Nr. 18, 2. Schriftf. August Sobel, Kassirer Fritz Vater, Elberstraße 81, Fritz Vogel und Karl Steinbach, Revisoren. Bei Punkt 3 forderte der 1. Vorsitzende die Kollegen auf, sie sollten alle Hebel in Bewegung setzen, um dem Verein immer mehr Mitglieder zuzuführen, indem es hier noch flau aussieht; die meisten Kollegen denken, man brauche keinen Fachverein. — Nochmals den durchreisenden Kollegen zur Notiz, daß das Umschauen in den Stuben bei Verlust des Geschenkes unteragt ist. Das Geschenk wird ausbezahlt Mittags von 12-1 Uhr, Abends von 7-8 Uhr auf Bescheinigung des Vorsitzenden beim Kassirer. Alle Sendungen an den 1. Schriftführer Wilh. Schier 11, Elberstraße 88, Vereinslokal und Arbeitsnachweis bei Karl Kaiser, Elberstraße 109.

**Mülheim a. d. Ruhr.** In der am 14. Dezember v. J. stattgefundenen Generalversammlung des gesellschaftlichen Formenvereins wurde als 1. Vorsitzender Hermann Geuten gewählt und sind vom 1. Januar ab alle Postsendungen an seine Adresse, Scharpenberg Nr. 59, zu senden. Als 1. Kassirer wurde Wilhelm Wagener gewählt und wird vom 1. Januar ab das Fremden Geschenk Mittags von 12-1 Uhr und Abends nach 7 Uhr in seiner Wohnung, Auerstraße Nr. 82, ausbezahlt.

### Metall-Arbeiter.

**Berlin.** Eine beschließende Mitgliederversammlung des allgemeinen Metallarbeiter-Vereins fand am 27. Dez. v. J. statt. Kollege Gerisch hielt zunächst einen Vortrag über das Thema: Wie verhalten wir uns in der gegenwärtigen Krise? Anknüpfend an das gegenwärtige Fest der Freude, wies der Referent auf das drohende Zeichen der Krise, unter dem wir jetzt stehen, und auf die üble Zukunft, der wir entgegengehen, hin. Ein sogenannter Volksvertreter hat im Reichstage gesagt: Es geht die Arbeiter nichts an, wenn die Kurze steigen. So heutzutage diese Redensart für die Gedanken jener Leute ist, so könnte man von ihr allenfalls einen Schein der Berechtigung lassen, wenn man zur Zeit des Geschäftsrückganges auch sagen würde: „Arbeiter, das geht dich nichts an, wir ertragen jetzt den Gewinnausfall, wie wir vorher den hohen Gewinn eingeheimst haben“, doch das fällt den Herren nicht im Traum ein. Wiederum stehen wir vor einer solchen Krise, wie sie unter der heutigen Produktionsweise unausbleiblich sind, und wie die Erfahrung gelehrt hat, mit der steigenden Entwicklung dieses Systems in immer kürzeren Zwischenräumen eintreten. Die Zeitdauer der Krisen wird dem gegenüber immer länger, während die Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Blüthe von so kurzer Dauer sind, daß, wenn die Arbeiter sich ihrer bewußt werden und sich um in Bewegung setzen, um von dieser günstigen Lage auch etwas für sich zu erlangen, die günstigste Zeit schon vorüber ist, und dann trotz erbitterter Kämpfe oft wenig oder nichts zu erringen ist. So auch jetzt. Denn während das verfloßene Jahr für die Unternehmer ein so günstiges war, daß die Dividenden eine Höhe erreichten, wie selbst nicht in den Gründerjahren, haben die Arbeiter nichts davon profitirt. Es ist uns als Metallarbeitern nicht einmal gelungen, die größten Uebelstände, z. B. die ausgedehnte Nachfeierabend-Arbeit, zu beseitigen geschweige denn namhafte Erfolge zu erzielen. Wir müssen uns aber eingestehen, daß uns selbst ein nicht geringer Theil der Schuld trifft. Wenn man sieht, wie wenig Interesse wird, wie schwach die Versammlungen besucht sind, wie in Folge dessen Beschlüsse nicht durchgeführt werden, wie viele Kometen-ähnlich aufstehen und auf Nummerwiedersehen verschwinden, so muß man zu der Erkenntnis gelangen, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Man kann bemerken, daß, wo immer etwas Neues aufsteht, sei es nur ein Vorklub, Gesangsverein oder eine

sonstige Arbeitervereinigung, man unter den Veranstaltern einige Metallarbeiter finden wird. So erfreulich dieses auch an sich ist, so sollte man doch nicht vergessen, daß die Gewerkschafts-Organisation unbedingt in erste Linie zu stellen ist. Bei allen Kämpfen, die in letzter Zeit geführt worden sind, haben die Unternehmer ihr Hauptaugenmerk auf die Zerstückelung der Organisationen gerichtet und man muß zu der Einsicht kommen, daß eine Organisation äußerlich stark sein muß, um solchen Anführern folgen zu können, und wir werden es auch wohl in den kommenden Kämpfen erleben, daß eine Reihe schwacher Organisationen hinweggefegt werden. Die Zeit der Ruhe nun, wo wir es vollständig vermeiden müssen, in Kämpfe einzutreten und nur darauf bedacht sein müssen, daß wir nicht noch tiefer hinabgedrückt werden, sie wird dazu dienen müssen, unsere Kräfte zu sammeln und für kommende Kämpfe zu rüsten, damit, wenn die Industrie wieder neuen Aufschwung nimmt, wir vollständig gerüstet dastehen und die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen. Alle kleinen Blänkchen müssen verschwinden. Sie werden meistens noch nach der überlieferten Meinung früherer Zeiten inszenirt, daß man über den Gegner kurzer Hand herfallen müsse, ohne lange zu erwägen. Die Verhältnisse haben sich aber total geändert. Während man früher nur mit einzelnen Unternehmern zu thun hatte, deren Konkurrenten sich oft als schadenfrohe Zuschauer dabei verhielten, sehen wir jetzt, daß jeder Kampf sofort zu einem Klassenkampfe wird, daß wir nicht mehr mit einzelnen Unternehmern zu thun haben, deren Konkurrenten sich oft als schadenfrohe Zuschauer dabei verhielten, sondern mit dem organisirten Kapital zu kämpfen haben. Es ist daher doppelte Vorsicht und Ueberlegung geboten. Wir müssen uns aber auch ferner vergegenwärtigen, daß wir auch mit Kollegen zu rechnen haben, die bei Inszenirung von Streiks etwas fahrlässig und ohne die nöthige Kaltblütigkeit zu Werke gehen. Es ist daher Pflicht der Organisation, sich Gesetze zu schaffen, die strikte innegehalten werden müssen, wenn sie nicht zu Grunde gehen soll. Der Vorstand des A. M. V. hat deshalb eine Resolution zu stellen beschlossen, welche lautet: „In der nächsten Voraussetz, daß die herrschende Geschäftskrise von den Unternehmern vielfach benutzt werden wird, um Konflikte mit den Arbeitern herbeizuführen, macht die beschließende Versammlung allen Mitgliedern zur Pflicht, bei Arbeitseinstellungen u. dgl. mit größter Vorsicht zu verfahren. Unter keinen Umständen dürfen Arbeitseinstellungen unternommen werden, ehe der Vorstand resp. die Fachkommission dieselbe geprüft und für gerechtfertigt erklärt. Für Arbeitseinstellungen, welche ohne die Billigung des Vorstandes resp. der Fachkommission inszenirt werden, haben die Betreffenden die Verantwortung selbst zu tragen.“ Keine Körperschaft und keine Partei kann ohne Disziplin bestehen, und dies gilt hauptsächlich auch für die Gewerkschaftsbewegung. Pflicht der Mitglieder ist es nun aber auch, dafür Sorge zu tragen, daß die selbstgeschaffenen Gesetze unbedingt respektirt werden. Dazu ist es nöthig, daß sie unter den Mitgliedern die weiteste Verbreitung finden, und das kann nur dadurch erreicht werden, daß wir uns regelmäßig an den Versammlungen beteiligen und energisch dafür agitiren. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Gewerkschaftsbewegung seit dem 1. Mai sich in rückläufiger Bewegung befindet, und daß wir, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen, uns energisch aufraffen und in einer Zeit, da alles darniederliegt, und wir keine Kämpfe unternehmen können, mit unermüdlichem Eifer die Vorbereitungen betreiben müssen. Treten wir daher mit neuem Muthe in das neue Jahr ein, widmen wir uns mit andauernder Hingebung unserer Sache, damit bald der Ruf erschallen könne: Frisch auf zum Kampfe, Frisch auf zum Siege. Die Diskussion gestaltete sich zu einer lebhaften. Die meisten Redner erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten und der Fassung der Resolution vollständig einverstanden. Jedoch wurden auch Bedenken laut dagegen, daß bei Konflikten der Vorstand stets vorher gefragt werden müsse. Es würden wohl auch Ausnahmen stattfinden müssen, damit nicht etwa eine Beschränkung der persönlichen Freiheit entstehe. Hierauf wurde erwidert, daß die persönliche Freiheit sehr leicht in Willkür ausarten kann, und daß gerade diese Anerkennung der Ausnahmen uns stets den größten Schaden bereitet; wir müssen diese Zeit hauptsächlich zum Sammeln benutzen. Die Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Unter Verschiedenem beschloß die Versammlung sich mit den Arbeitseinstellungen in der Fabrik von Baumann, Blumenstraße 74. In einer öffentlichen Versammlung am 16. Dezember war die Angelegenheit dem allgemeinen Metallarbeiter-Verein zur Regelung überwiesen. Es entstand darüber eine erregte Debatte. Während mehrere Kollegen die Ansicht vertraten, daß die Kollegen von Wallmann fortritt gehandelt hätten und deshalb auf

alle Fälle zu unterstützen seien, wurde von anderer Seite den Kollegen der Vorwurf gemacht, daß sie leichtfertig zu Werke gegangen seien, da aus ähnlichen Gründen eine Menge Arbeitseinstellungen in jetziger Zeit infolge werden könnten. Gegen zwei Stimmen wurde die Angelegenheit dem Vorstande des Vereins zur Regelung überlassen. Folgende Resolution wurde dann einstimmig angenommen: „Die 2. Versammlung spricht ihre Einrästung über die in der Arbeiterchungs-Kommission gefallene Meinung, daß dem Fabrikanten das Recht zusteht, den Arbeiter nach seinem Ermessen zu bestrafen, aus. Sie erklärt es für verwerflich, daß Personen, denen oft genug die Qualifikation dafür abgeht, bestraft zu werden, über den Arbeiter ein Urteil zu fällen; sie verlangt für den Arbeiter mindestens das, was das Gesetz jedem Verbrecher zugestehet: Unparteiische Richter!“ Kollege Cersich fordert sodann zur schleunigen Abrechnung mit den Billets vom Stiftungsfest an den Kollegen Bapaly, Dranienstraße 187, auf, und schloß hierauf die stark besetzte Versammlung.

**Vernburg.** Der Fachverein der Eisenarbeiter und Berufsgeoffenen hielt am 18. Dezember v. J. seine 4. Generalversammlung ab. Zum 1. Punkt erstattete der Kassirer Bericht und ergab sich vom 22. September bis 18. Dezember 1890 folgendes Resultat: Einnahme M 116,51, Ausgabe M 72, Kassenbestand M 34,51. Dann wurde beschlossen, in kürzester Zeit eine Bibliothek zu gründen, ferner den durchreisenden Kollegen die Unterstützung von 25 auf 35 S zu erhöhen. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder ermahnte, nach besten Kräften für den Verein zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Cannstatt.** Der Verband württembergischer Metallarbeiter hat mit dem 1. Januar hier eine Zahlstelle zur Auszahlung der Reiseunterstützung errichtet. Die Reiseunterstützung im Betrage von 75 S wird bei G. Wieland, Gasthaus zur Regelbahn (früher Vater), Sulzbacherstr. 2, ausbezahlt. Dort befindet sich auch unser Arbeitsnachweis-Bureau, wofelbst ein Beamter jeden Abend von halb 9 bis halb 10 Uhr anwesend ist. Dem Verbands gehören in hiesiger Stadt folgende Vereine an: Metallarbeiter-Fachverein, Former-Unterstützungsverein, Schlosser- und Maschinenbauer-Fachverein, Dreher- und Hülfsmaschinenarbeiter-Fachverein, Fachverein der Kesselschmiede, Fachverein der Schmiede, Fachverein der Uhrmacher und Fachverein der Flaschner. 3. A. der vereinigten Fachvereine von Cannstatt und Umgebung: Carl Hartner, Schriftführer.

**Blanchau.** Am 18. Dez. v. J. hielt der Metallarbeiter-Fachverein aller Branchen seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung ergab einen Kassenbestand von M 24,05. Die Revisoren hatten die Abrechnung geprüft und für richtig befunden. Zu Revisoren wurden die Kollegen Streubel, Braun und Vaterlein gewählt. Beim 3. Punkt wurde das Vorgehen von Dieblich und Genossen einer scharfen Kritik unterzogen und beschlossen, gegen dasselbe energisch Front zu machen. Ferner wurde der in Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung von Segis veröffentlichte Artikel „Zur Gewerkschafts-Konferenz in Berlin“ einer Kritik unterzogen. Es wurde betont, daß unsere Organisationen noch viel zu wünschen übrig lassen, wenn auch die Zahl der Fachvereine wie der Mitglieder sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt und verdreifacht habe. Ein größerer Nutzen der Organisationen wird erst zu verspüren sein, wenn die Metallarbeiter nicht mehr so zerstückelt sind wie bisher. Bezüglich der Streiks äußerten sich mehrere Kollegen dahin, daß in Fabriken sogenannte Branchenstreiks gänzlich zu vermeiden sind. Es wurden die verschiedenen Streiks der letzten zwei Jahre angeführt, daß, wo mehrere Branchen zusammen arbeiten und eine Branche streikt, der Unternehmer sich leicht Streikbrecher finden lassen oder das betreffende Material außerhalb anfertigen lassen kann. Ein Werksstätten- oder allgemeiner Streik sei sicherer. Ferner wurde gewünscht, daß Gewerkschaften, soweit sie nicht miteinander in Verbindung treten können, eine gleiche finanzielle Unterstützung herbeiführen. Was die Wander-Unterstützung betrifft, so lautet jetzt das gleiche Recht für Alle ganz in Wegfall, denn es thut Jeder seine Pflicht, wenn er sich einer Organisation anschließt, ob er ein Former, Schlosser, Klempner usw. ist, was er wird von der einen Branche in einer Stadt, wo mehrere Branchen organisiert sind, von der andern Branche in der andern Stadt. 50 S ausbezahlt? Ist derjenige, welcher 50 S bekommt, seinen Pflichten nicht gerade so nachgekommen, als derjenige, der 2 S oder 1 S bekommt? Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die am 18. Dezember tagende Mitglieder-Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen von Blanchau und Umgebung erklärt sich mit dem Angeführten einverstanden und gibt hierdurch kund, daß derartige Uebelstände nur durch allgemeine Metallarbeiter-Fachvereine

beseitigt werden können.“ — Allen wandernden Kollegen zur Kenntnissnahme, daß die Markenaussage nicht mehr beim Kassirer Meißel, sondern beim 2. Vorsitzenden W. G. G. Zimmerstraße 43 v. g., Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 7-8 Uhr stattfindet. Die Auszahlung erfolgt nicht mehr im Stadt-Bier-Tunnel, sondern beim Gastwirt Wilhelm Eifert, Auestraße. — Alle Sendungen an Aug. Henne, Gasthofstraße 1. **Leipzig.** Am 18. Dezember v. J. hielt der Verein der an Hilfsmaschinen beschäftigten Arbeiter der Metallbranche seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab Bericht über die Thätigkeit des Vereins und bemerkte, daß 29 Mitglieder eingetragen sind, ein großer Teil jedoch bedeutend im Rückstande mit seinen Beiträgen ist, ferner daß der Arbeits-Nachweis und die Reiseunterstützung eingeführt sind, daß die Unterstützung für unverheiratete Gemahlsregelle 8 M, für verheiratete 12 M, sowie für jedes Kind 1 M, zusammen bis zu 18 M wöchentlich betrage, und bedauerte, daß bei diesem nützlichen Wirken des Vereins die Beihilfung eine so schwache sei. Der Kassirer gab eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben; die Einnahme beträgt 780 M, die Ausgaben 640 M, welche zum großen Teil für Unterstützung Gemahlsregeller verwendet wurden. Die Revisoren erklärten, alles für richtig befunden zu haben, worauf dem Kassirer Decharge erteilt wurde. Zu Punkt 2, Aufhebung des Vereins zu Gunsten des allgemeinen Metallarbeitervereins, führte der Antragsteller aus, daß die Organisation wegen des Vorgehens der Fabrikanten eine allgemeine werden müsse, damit sämtliche Kräfte auf einen Punkt konzentriert werden könnten, und daß, um in eine Lohnbewegung einzutreten, der Verein zu schwach sei. Dem wurde entgegnet, wenn es sich um eine Lohnbewegung Ausprägung handelt, der Metallarbeiterverein ganz in derselben Lage ist, wie ein Branchenverein; klar zeigte das die Vorgänge in Hamburg. Die gesamten Arbeiter müßten dann eintreten, und nicht nur die Deutschlands, nein, die der gesamten zivilisierten Staaten. Daß der Verein nicht so stark sei, wie er sein sollte, dafür findet der Redner den Grund in dem Vorgehen der Werkmeister; diese hätten ebenfalls einen Verein und leider fast in jeder Werkstätte Angeber. Wenn nun die Kollegen für die Interessen des Vereins agitieren oder nur dem Verein angehören, so fängt der Meister an zu zitieren, oder der Befehlende wird entlassen. Anderwärts bekommt der auf diese Weise Gemahlsregelle selten Arbeit, da die andern Meister schon davon unterrichtet sind. Der Redner führte zum Beweise dafür eine Werkzeugfabrik in Plagwitz an, wo der eine Dreher nach dem Austritt aus dem Verein 3 Pfennig pro Stunde zugelegt erhalten habe, und eine größere Fabrik in Sellerhausen, wo der Werkmeister (oder Ingenieur, wie er sich nennt) die Arbeiter zwang, aus der Organisation auszuscheiden (mit welchem Rechte?); ferner eine größere Fabrik in Grottdorf, wo vor einigen Jahren alle entlassen wurden, die dem Fachverein angehörten, und daß in mehreren Werkstätten die Meister sich bemühten, die Arbeiter in den Hirsch-Dücker'schen Verein zu lotsen. Am Schluß erwähnte der Redner noch, daß die Meister zum großen Teil die Löhne immer mehr herabzudrücken suchten und dabei sich doch in das eigene Fleisch schneiden. Sie seien doch auch in Arbeit und würden besser thun, sich auf die Seite der Arbeiter zu stellen, denn wenn die Arbeiter aufgebessert würden, könnten auch sie um Erhöhung ihres Lohnes nachsuchen, ev. würde ihnen das von selbst gewährt werden, nicht aber im entgegengesetzten Falle. Ein anderer Redner schloß sich diesem an und bemerkte, daß er in letzter Zeit in drei Fabriken gearbeitet habe, aber in jeder sei ihm gleich gesagt worden: „Sie sind hier und her aus dem Verein“. Er bittet, den Antrag abzulehnen und dafür zu agitieren, daß alle dem Verein beitreten, alle würden nicht so leicht entlassen. Darauf wurde der Antrag abgelehnt. Die Neuwahl des Vorstandes ging glatt von statten. Auf Antrag wurde die Steuer auf 10 Pfennig wöchentlich herabgesetzt und die Einführung der Fachzeitung abgelehnt, jedoch dringend ersucht, darauf zu abonnieren, sowie das hier erscheinende und für die Interessen der Arbeiter eintretende Blatt kräftig zu unterstützen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Ermahnung, überall für den Verein zu wirken und sich durch nichts entmuthigen zu lassen.

**Magdeburg.** 30. Dez. 1890. Der Kapitalismus treibt immer schönere Blüthen in unserer gut-zust. Stadt. Die Leser dieses Blattes werden sich erinnern, daß hier, besonders unter den Arbeitern der Eisen-Industrie, im vergangenen Frühjahr Lohnbewegungen im Gange waren, die mehr oder weniger zu Gunsten der Arbeiter ausfielen. Auf dem Gruson-Werk wurde ein ganz annehmbares Zugeständnis erzielt; 30 S Stundenlohn wurde als Mindestlohn vereinbart; auch sollte Niemand Tag und Nacht hintereinander

arbeiten, sogar die Ueberstunden sollten fortfallen. In jeder Werkstatt sollte ein vernünftiger Ausschuss — von den Arbeitern gewählt — bestehen, welcher Wünsche und Beschwerden der Arbeiter bei der Verwaltung anbringen sollte. — Man muß nun zugeben, daß dieses Zugeständnis ein mächtiger Schritt zum Frieden zwischen den Arbeitern und den Entbehrungslohn beziehenden Kapitalisten gewesen wäre, wenn man Alles durchgeführt hätte, was die Lohnkassenhalter in ihrer Angst, daß es ihnen an den Geldsack gehen könnte, auf dem Papier zuerkennen hatten. Versprechen und Halten ist aber bekanntlich im Reich der Gottesfurcht und frommen Selte bei den kapitalistischen Hältern der christlichen Moral zweierlei. Man behandelt eben die Arbeiter wie die kleinen Kinder, wenn sie schreien; man erzählt ihnen etwas vom Weihnachtsmann zc. zc., und die treuherrigen Arbeiter, die den deutschen Michel zum Großvater, Vater und Onkel haben, sie glauben, naiv wie die Kinder, den Versprechungen des Kapitalisten, der sein Wort erfahrungsgemäß kaum in zehn von hundert Fällen hält; meist überhaupt schon beim Versprechen gar nicht die Absicht hat, es jemals durchzuführen. Er, der Kapitalist, kennt ja den gutmüthigen Michel, der sich vor einem entblößten Haupt aufrieden gab, und weiß, diese Gutmüthigkeit hat sich weiter vererbt. So blieb denn das Versprechen zum größten Theile eben Versprechen. — Der Werkstattauschuss, dieses nationalmiserable Beschwichtigungsmitel, hat sich eben wieder als der Köder erwiesen, auf den die Arbeiter anbissen. So lange die Arbeiter des Gruson-Werks geschlossen standen, alle von dem festen Willen beseelt, ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen, da respektierte man den Ausschuss von Seiten der Verwaltung. In den Ausschuss wurden die tüchtigsten Verfechter der Arbeitersache gewählt; dies war auch der Kapitalisten Herzenswunsch. Die Voraussetzung — daß der Arbeiter schon auf Grund von Versprechungen gereizt ist, auf den vermeintlichen Vorbeeren auszurufen — trat ein und nun hatte Herr Gruson nur noch die Aufgabe, den machenden Kopf der Bewegung von dem im Todenschlafe liegenden Körper abzuheben und das war ihm ein Leichtes. Mit der Hungerpeitsche wurden die wackeren Kämpfer zur Fabrik hinausgetrieben. Es gab entweder direkt Fremdzettel, oder diese tapferen Leute bekamen immer schlechtere Akkorde, so daß es ihnen zuletzt nicht mehr möglich war, den bereitbarten Mindestlohn dabei herauszuschlagen; dazu schlechte Behandlung von einem liebevolleren Meister, und der Zwang war erreicht, der Fußtritt war ausgeführt; der Fabrik-Ausschuss, das wahrhaftige Gewissen der Fabrikarbeiter, war zum Schweigen gebracht. — In den anderen Fabriken ist es ähnlich, weiß aber noch haarsträubender zugegangen. Maßregelungen der treuesten Kämpfer für die Arbeitersache sind an der Tagesordnung. — Unsere Zeit ist eine schnelllebige und selbstverständlich läßt sie auch Niemanden lange schlafen; der schwere Zeitenjammer pocht mit dröhnenden Schlägen an eines Jeden Thür und erweckt die Schlafenden aus ihrem schweren Schlummer, in welchem sie von so herrlichen Zuständen träumten, auf Grund der Versprechungen des Kapitalisten. Aber jetzt tritt ein ganz neues Moment zu Tage. Während des Schlafes sind für den Arbeiter neue Sklavensketten geschmiebet worden und klirren nun bei jedem Schritt dem früher Vertrauten in die Ohren; das tiebere mittelbige Gesicht des Kapitalisten hat ein schadenfrohes Grinsen angenommen und scheint den Arbeiter bis zur Unentzählbarkeit zu verhöhnen. Es ballen sich Fäuste in der Tasche, die und da am Schraubstock, bei der Karre oder an der Drehbank wird ein Stoßseufzer über das unerträgliche Sklavensoch hörbar. Wohl sorgen die „Pinkertons“ dafür, daß ein solch laut werdender Stoßseufzer mit Entlassung, also mit derben Leben der Hungerpeitsche, geahndet wird; aber das bewirkt das Gegenheil von dem, was man damit beabsichtigt hat. Die Göttin „Solidarität“ sammelt ihre Schicksalskinder, Herr Gruson und die anderen Fabrikanten sitzen mit ihrem Geldsack auf einem Vulkan, trotz der Sklavensketten, die sie für ihre Arbeiter geschmiebet haben. Instinktmäßig fühlen die Kapitalisten, daß ihre Fuchschlaubeit noch nicht ausreicht, die stehende Unzufriedenheit ihrer Arbeiter zu erdrücken. Die moderne Inquisition, die Hungerkuren, reichen nicht hin, das treibende Rad der Arbeiterbewegung, — die Unzufriedenheit — zum Stillstand zu bringen. Die Schwandhaft — das wahrhaftige Gewissen der Arbeiter, den Fabrik-Ausschuss, unterdrückt zu haben — rächt sich an seinen Urheber. Was wollen die Arbeiter, warum sind sie nicht zufrieden, weshalb hat die Solidarität unter ihnen Platz gegriffen, werden sie den Selbstbestimmern wieder Unbequemlichkeiten verursachen? — Das sind die Fragen, welche den Herren Fabrikpapas im Kopfe herumgehen und Niemand gibt ihnen wahrheits-

getreue Auskunft, denn sie haben ja in ihren Musteranstalten die Heuchelei und die Lüge systematisch geübt, deshalb müssen sie nun auch jetzt die Folgen tragen. Wenn nun auch die Herren größtentheils auf dem Standpunkte stehen, daß sie sagen: „Nehmt uns die Schuld auf!“ und deshalb das böse Gewissen noch nicht leicht einen zum Selbstmord getrieben hat, wir deshalb auch nicht glauben, daß sich Herr Gruson einen blanten Stahl in die Brust stößt, oder den Seiler in Nachrüstung legt, so steht doch soviel fest, daß er jetzt dabei ist, an dem Grabe der kapitalistischen Wirtschaftsweise mitzuarbeiten. Das Gruson-Werk ist den Kononentknig in Essen nach; ein „Konsumverein“ ist gegründet worden. Wie verlautet, sind in dieser Anstalt — denn von einem Verein kann doch keine Rede sein, sonst könnte man die Rücken- und Kantenwirtschaft beim Militär auch Konsumverein nennen — bis zu 19 000 M an einem Bahntage umgesetzt worden; unter 1300 M soll noch keinen Tag — mit Ausnahme des Sonntags — umgesetzt worden sein. Es ist nun gar kein Zweifel, daß die Arbeiter hier eine Kleinigkeit billiger kaufen als beim Kleintramer, auf den sie sonst angewiesen sind; denn der Herr Kommerzienrath kauft alles im Großen ein, zahlt nicht soviel Miete als der Kleintramer und vor Allem auch keine Steuern, denn dafür ist es ja ein „Konsum-Verein“, dieser Gruson'sche Riesen-Bazar. Das Verlaufen besorgen miserabel bezahlte Kommiss und Verkaufsrinnen; denn, man denke, die Verkaufsrinnen in diesem Bazar bekommen monatlich 45 M Gehalt; dafür müssen sie — mit Ausnahme des Sonntags — jeden Tag von Früh 8 bis Abends 11 Uhr anwesend sein; das macht also die Stunde ungefähr 10 S an Lohn. Dem Herrn Kommerzienrath kommt, wie wir schon bemerkten, die Bazar bedeutend billiger zu stehen als dem Kleintramer, und er ist nun so „human“ und verkauft dieselbe auch etwas billiger an die Arbeiter. Der Ueber-schuss von diesem Geschäft soll in die „Unterstützungskasse für Arbeiter“ fließen. Es sollen aus letzterer Arbeiter, die nicht mehr arbeiten können, mit 6 resp. 9 M pro Woche unterstützt werden. Herr Gruson wiegt sich nun vielleicht in dem Glauben, damit seinen Arbeitern zu einem Schlaraffenleben verholfen zu haben, er wird und muß sich aber täuschen, denn ach, was sind diese Körnchen der Binderung in dem Meer von Glend? Man verpörrt nicht einmal ein Aufspringen, wenn sie hinein rollen und die jammervollen Zustände bleiben nach wie vor dieselben. — Was nun die Hilfe für arbeits-unfähige Arbeiter anbelangt, diesen Köder, oh, den kennen die Arbeiter sehr genau aus ihrer Erfahrung. Es ist ja auch schon des Ofteren in diesem Blatt ausgeführt worden, nach welchem Wobus alte Arbeiter, die 12 bis 20 Jahre in der Fabrik gearbeitet haben, hinausgepeitert werden, sobald ihre Arbeitsfähigkeit nachläßt. Meister, welche viele Jahre die Lohnkassen gehegt haben, oder Angeber, die den schleichenden Spion gemacht und so dafür gesorgt haben, daß ehrliche Arbeiter mit der Hungerpeitsche gequält wurden — von diesen mag ein Bruchteil die scharfen Hapen der Ueber-schüsse des „Konsumvereins“ genießen, die große Masse aber behft auf diesen Köder nicht, denn sie weiß, daß diese „Wohlthaten“ ihr doch nicht zukommen. Die Unzufriedenheit gährt und brodelt weiter. Diese Einrichtung hat Herr Gruson aber nur auf Kosten der Kleintramer herstellen können, die jetzt zu spät ihre Beschränktheit einsehen, denn in der That — diese waren — mit wenig Ausnahmen — Stützen der heutigen Wirtschaftsweise. Ganz besonders diejenigen, die in der Nähe des Gruson-Werks wohnten, waren meist nationalliberale Mannesseele oder sonst etwas Ähnliches, nur keine unzufriedenen Sozialdemokraten. Bei diesen hatte sich zuweilen eine ähnliche Servilität eingenistet, wie unter den Wirthen, die um den Militärbesuch buhlen. Nun müssen diese Leute sehen, daß ihnen der Hungereskrid gedreht wird von dem, den sie Jahre lang in politischer Beziehung unterstützten; dieser spielt jetzt die Arbeiter selbst gegen sie aus, dieselben Arbeiter, welche immer so sehr gehäht wurden, wenn sie gegen „Herrn Gruson“, diesen „guten Herrn“ opponierten oder einmal mit dem Streik brohten. Wie schön wäre es, ihr servilen Spleßbürger, wenn jetzt zu Euren Gunsten die Arbeiter streikten? Streikten, gegen den „Konsum-Verein“? — Das hat aber jetzt gute Wege. Die Herren Kleintramer fangen nun an, in ihrem bisher so warmen Neste unzufrieden zu werden. Wie mancher von ihnen sinkt ins Proletariat herab, sucht vielleicht selbst bald als Arbeiter das Gruson-Werk auf, und, wohlverstanden, mit seiner ganzen Unzufriedenheit. Dann bleibt ihm nichts weiter übrig, als sich dem großen Heer der Unzufriedenen anzuschließen und mit im Reich und Glib den Klassenkampf weiter zu kämpfen. Und wer hat das denn veranlaßt? Niemand anders als Herr Gruson und seinegleichen. Sie sind eben auch nur „ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“ und auf

Diese Bitte tragen die Herren selbst dazu bei, der von ihnen vertretenen Kapitalistischen Wirtschaftsweise den Todesstoß zu versetzen, ihr das Grab auszuheben zu helfen. Die Sozialdemokraten aber sehen höhnisch auf diesen Treiben zu, freuen sich, wie ihre erbittertsten Gegner für sie arbeiten und rufen aus: „Es leben unsere Freunde, die Feinde!“

**Sollinger.** Als eine ganz erfreuliche Entwicklung der Organisation hier am Plage kann man es bezeichnen, daß in der am 20. Dezember v. J. stattgefundenen Mitgliederversammlung des Metallarbeiter-Fachvereins wieder eine Anzahl neuer Kollegen dem Verein beitraten. In Betreff Regelung der Reiseunterstützung konnte kein bestimmter Beschluß herbeigeführt werden, da die Zeit schon so weit vorgerückt war, wo das Lokal einem andern Arbeiterverein zur Verfügung gestellt werden mußte, jedoch erhält bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit jeder durchreisende Kollege bei genügender Begittimation ein Geschenk von 50 J ausbezahlt. Die Auszahlung erfolgt bei Karl Sohn, Wupperstraße Nr. 41, von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends. Sodann wurde noch das Verhalten des Herrn Begien in Hamburg betreffs der Altonaer Schlosserverammlung, wo derselbe als Agitator für den Quertreiber „Verband“ von Dieblich und Genossen erschienen ist, getabelt und folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht, daß die Hamburger Kettreiber Dieblich und Genossen die auf der Gewerkschaftskonferenz in Berlin gefasste Resolution, wonach sich die Arbeiter zentralisieren sollen, um so die Kräfte besser zusammenzuführen, für ihren Konstre-Verband auszunutzen suchen, um ihrer Kettreiberei mit aller Macht Vorschub leisten zu können, erklären die Sollinger Metallarbeiter, diesen Friedensbrüchern keinerlei Unterstützung mehr zukommen zu lassen und wünschen, dieser Beschluß möge in der gesamten Metall-Arbeiterschaft Nachahmung finden.“

**Schwefinfurt.** Ueber den Stand des hiesigen Vereins im Allgemeinen und über die Metallarbeiterbewegung, wenn man sie bei den hiesigen Verhältnissen so nennen darf, ist zu berichten, daß es hier ziemlich im Argen liegt. Trotzdem eine hinsichtlich der hiesigen Industrie ziemlich große Zahl „Metallarbeiter“ vorhanden ist, gelingt es doch selten, ein neues Mitglied zu gewinnen. Als ein Hauptgrund für diese traurige Thatsache mag gelten, daß die mit der Kaiserlichen Sozialreform“ arbeitenden Vereine Alles aufbieten, um die Arbeiter unter ihre alleinigmachende Haube zu bringen. So ist es besonders der evangelischen Handwerker- und Arbeiter-Verein, der in dieser Hinsicht alles Mögliche thut, dem auch die Meister willkommene Mitglieder sind. Die Zeitung desselben liegt in den „altbewährten“ Händen der protestantischen Geistlichkeit. Für gewisse Streber mag dort der geeignete Boden sein, um sich auf Kosten seiner Kollegen in Ansehen zu bringen. Ein geistig selbständiger Mann wird sich wohl bedanken, seine Gedanken und sein Wirken sich von einer bevormundenden Zeitung vor schreiben zu lassen. Uebrigens sind wir der Meinung, daß die Herren Geistlichen am besten die Finger von dergleichen volkswirtschaftlichen Angelegenheiten lassen; dafür aber ihre religiösen Sachen besorgen und besonders in ihren Predigten die Herren Aktionäre, Fabrikanten und sonstige Arbeiterkönige etwas mehr in die Scheere nehmen würden, anstatt den Arbeitern Zufriedenheit, Beschcheidenheit, Gemüthsamkeit zc. einzupflanzen. Auf biblischenwärtiger Seite sind solche Ermahnungen schon eher angebracht, als bei den Arbeitern mit schlechten Löhnen. Was soll ein Lohn von 6—9 J für einen ausgeleiteten jungen Mann heißen? Kann man damit das Leben fristen? Und wenn ältere Leute 13—15 J Lohn bekommen, so ist dies nicht besser. Wie kann eine Familie damit auskommen? Diese Frage ist schnell gelöst, wenn man die begleitenden Umstände etwas näher in's Auge faßt. Die Sache beruht nämlich auf dem „Mitherbienen“ der Frau, zuweilen sind auch schon der Schule kaum entwachsene Kinder dazu angehalten, zum Unterhalte der Familie beizutragen. Daß die Arbeitszeit keine feste Norm hat, muß hiebei besonders vorausgesetzt werden; dieselbe ist vielmehr im höchsten Grade variabel: im Winter kurz, im Sommer lang. Einzelne Arbeiter wollen schon herausgefunden haben, daß man bei längerer Arbeitszeit ebenjoviel leisten könne, und das ist sehr logisch; wenn der Körper länger ausgereut hat, ist er eben leistungsfähiger. Die Maschinenindustrie scheint hier immer mehr den Charakter eines Saisongeschäftes anzunehmen zu wollen, denn im Sommer wird gewöhnlich 13 Stunden und noch länger gearbeitet, um möglichst viel in kurzer Zeit zusammenzupuffen, bei entsprechend niedrigen Löhnen. Jedenfalls um im Winter das Licht zu sparen. Einzelne Arbeiter mögen wohl scheinbar gut bezahlt sein, denn die Befrühungsmittel ist auch hierbei zu berücksichtigen. Diese Kollegen

sollten vor allen anderen dahin mitwirken, daß die Löhne und Arbeitsverhältnisse eine Regelung erfahren würden. Als eines der Hauptübel ist die Lehrlingsarbeit zu betrachten. Besteht ja hier ein Stabilisment, in welchem zuweilen 25 Lehrlinge, bei einer Arbeiterzahl von ca. 40 Mann, beschäftigt werden. Auf die Fabrikordnung (Strafbestimmungen) und Behandlung der Arbeiter und Lehrlinge dortselbst werden wir ein andermal eingehen, wenn wir Näheres hierüber erfahren haben. Von dort beschäftigt Gewesenen konnten wir indessen erfahren, daß die Behandlung der Lehrlinge und Arbeiter eine sehr inhumane zu nennen ist. — Der Schlosser Jean Holke, welcher dem hiesigen Metallarbeiter-Fachverein als Mitglied angehört, ist vor einiger Zeit abgereist ohne sich abzumelden. In seinem Besitze befindet sich noch eine Sammelliste der Vertrauensmänner, angeblich mit 1,50 gezeichnet.

**Brandau.** Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Metallarbeiter Spandau tagte am 27. Dezember v. J. unter dem Vorsitz des Kollegen Selchow in Dressel's Langsaal. Der Referent Kollege Weber gab in seinem Vortrage ein treffendes Bild der Metallarbeiter-Bewegung in den letzten 10 Jahren. Redner kam auf die Beschlüsse des Metallarbeiterkongresses im Jahre 1884 zu sprechen und beleuchtete das Vorgehen der Politikbehörden gegen die Fachvereine der Arbeiter. Er besprach die Entstehung des Vertrauensmänner-Systems und die Nothwendigkeit desselben. Das Solidaritätsgefühl müsse gekräftigt und durch Bestiz-Vertrauensmänner die Beschlüsse des letzten Weimarer Kongresses zur Durchführung gebracht werden. Im Anschluß hieran erörterte der Referent die Aufgaben des Provinzialtages der Provinz Brandenburg, führte die Nothwendigkeit einer Regelung der Reiseunterstützung, des Herbergswesens und der Förderung und Pflege eines geregelten Arbeitsnachweises, ferner die Nothwendigkeit eines Agitationsfonds und die Wahl eines Vertrauensmannes den Versammelten vor Augen. Mit dem Wunsche, daß alle Kollegen in Spandau sich als zielbewußte Arbeiter der Organisation anschließen möchten, schloß der Referent seine Ausführungen unter lebhaftem Beifall. In der Diskussion spricht Kollege Grabowsky den Wunsch aus, in nächster Zeit hier zur Gründung einer Herberge zu schreiten. Kollege Weber wurde sodann einstimmig als Delegirter für Spandau gewählt. Unter Berücksichtigung wurden von mehreren Kollegen die Spandauer Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen und die Handlungsweise des Herrn Dubwig sowie die der Spandauer Klemperer- und Kupferschmelze-Fanung gekennzeichnet. Die Fanung hat die 11stündige Arbeitszeit und eine neue Wertstoffordnung eingeführt. Zum Schluß führte Kollege Selchow noch an, was für einen hohen Werth es für jeden Kollegen habe, einer Organisation anzugehören. Die Versammlung wird mit einem dreimaligen Hoch auf alle klassenbewußten Arbeiter geschlossen. — Von den anwesenden Kollegen wurden 6,15 zur Deckung der Delegationskosten zusammengebracht, eine Summe, welche noch im Laufe des Nachmittags auf 6,45 stieg.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**München.** Der Fachverein der Schlosser besprach in der letzten Vereinsversammlung auch die Lage der arbeitslosen Kollegen, deren Zahl gerade gegenwärtig stark im Wachsen ist. Allgemein wurde geklagt, daß durch die Ueberarbeit in der hiesigen Eisenbranche ein Zustand geschaffen wird, welcher für die Dauer unmöglich ist. Da ein Redner meinte, ob es dem Fachverein nicht möglich ist, diesen menschenunwürdigen Zuständen zu steuern, wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß nur durch eine gesetzliche längere Arbeitszeit, und zwar auch nur auf kurze Dauer, entgegengewirkt werden kann. Da die „Münchner Post“ Publikationsorgan ist, so wurde von einigen Rednern betont, die betreffenden Firmen, die sich besonders durch Ueberarbeit auszeichnen und dadurch das Heer der sogenannten Bagabunden vermehren, zu veröffentlichen. Die nicht wird die vögelerrühnte Arbeiterfreundlichkeit vieler Meister und Fabrikherren in ein besseres Licht gestellt. Es wird Aufgabe der Delegirten sein, das Material zu vervollständigen, damit auch das außenstehende Publikum erfährt wie Bagabunden gezogen werden.

**Schmiede.**

**Halle a. S.** Am 20. Dezember v. J. fand im Saale der Northburg eine Versammlung der Kesselschmiede, Bleichschmiede und deren Hilfsarbeiter statt, in welcher die Gründung einer Vereinsbibliothek empfohlen und der Zweck derselben vom Vorsitzenden klar gelegt wurde. Es wurde dies auch beschlossen und 40 Mk. vom Verein genehmigt. Kollege Albert Pöge wurde als Bibliothekar gewählt. Ferner legte der Vorsitzende die Nothlage der Escurter Schuhmacher klar und wurde beschlossen, 20 Mk. zur Unterstützung an dieselben zu schicken. Außerdem wurden

noch 20 Mk. für einen Kollegen zur Unterstützung bewilligt, welcher wegen Sammelns in öffentlichen Lokalen eine viermonatliche Strafe zu verbüßen hat. Zum Schluß wurde noch empfohlen, die Metallarbeiter-Zeitung vom Verein zu abonniren, was auch angenommen wurde.

**Schläger.**

**L. Nürnberg.** In Nr. 52, 8. Jahrgang, d. Bl. fand ich einen Artikel über den Streik der Feingoldschläger. In dem Artikel mußte ich leider bemerken, daß das Meiste vollständig falsch aufgefaßt ist. Wenn es heißt, daß man unsere gebotene Hand zurückgewiesen hat und die Klust erweitert, so sind damit nicht sämtliche Schläger gemeint, sondern gerade Derjenige, dem es jetzt obliegt, durch die Einberufung des Kongresses für eine Einigung zu sorgen. Wir stehen mit unseren Nürnberger Metallschlägern auf bestem Fuß, wenn aber von anderen Städten die Bomben der Zwietracht un er uns geworfen werden, wie in der Versammlung im Kontumazgarten am 28. August v. J., wenn man in Schwab-artikeln mit vollständig unwahren Angaben, wie in Nr. 37 der „Metallarbeiter-Zeitung“ v. J. bedacht wird, so ist man schließlich gezwungen, vorläufig auf eigene Kraft zu bauen. Wir haben uns im Jahre 1889 gegen eine Lohnreduzierung nicht „vergeblich“ gewehrt, sondern eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Von einem Zurückbleiben vom nächsten Kongreß ist bei uns kein Gedanke. Wann die Zeit kommt, in der wir Alle unter einem Hut sein werden, so denke ich darüber, daß vielleicht noch mehr wie ein Jahr vergehen kann, bis die Union zu Stande kommt und es nichts schadet, schon zuvor in engste Fühlung mit sämtlichen Schlägern zu kommen, daß aber die von mir angeführten Vorgänge nicht dazu beitragen, wird Keiner bestreiten können. Daß man von den Feingoldschlägern der anderen Städte nichts leßt, ist ja auch uns leid; Dresden besitzt eine sehr beschuldene Organisation, dort hundert das bekannte Bundesgesetz, die Augsburger brauchen einige energische Vorkämpfer, und die Stuttgarter sind dem Gold- und Silberarbeiter-Verband beigetreten. Es wird somit eine Hauptaufgabe für uns auf dem Kongreß sein, die Organisation der Augsburger in Fluß zu bringen.

**Schwabach.** Am 28. Dezember v. J. fand im goldenen Stern dahier eine öffentliche Schlägerversammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl eines Vertrauensmannes. Die lebhafteste Debatte fordberte zu Tage, daß der bisherige Vertrauensmann, Anton Binhard, seinen Pflichten in letzter Zeit nicht mehr nachgekommen ist. Sämtliche Redner empfahlen die Wahl eines neuen Vertrauensmannes. Die vorgenommene Wahl fiel auf den Kollegen Peter Neubig, als Ersatzmann wurde Rudolph Binz gewählt.

**Fellenhauer.**

**Altona.** Die Sperre über Altona-Hamburg ist aufgehoben und der Zugang wieder freigegeben. Abrechnung und näherer Bericht folgt.

**Kassel.** Endlich können wir den Kollegen Deutschlands die Mittheilung machen, daß seit 4 Wochen wieder ein Fachverein in's Leben gerufen worden ist, welcher sich in seinem Statut ausdrücklich auf § 152 der Gewerbeordnung stellt. Derselbe wird sich zur Aufgabe machen, würdig als Glied in der Kette der Arbeiterorganisation Schritt zu halten, mit der Devise „Vorwärts!“ Der Vorstand ist aus folgenden Kollegen zusammengesetzt: Georg Köber, 1. Vorsitzender, August Wömann, Kassirer, Jakob Groß, Beisitzer. Das Geschenk von 75 J ist des Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 7 Uhr ab abzuholen beim Kassirer A. Wömann, Wehlheben bei Kassel. Das Um-sichauen ist nicht gestattet und bitten wir die reisenden Kollegen, streng darnach zu achten.

**Wien.** In der am 14. Dezember abgehaltenen Versammlung wurde der Antrag der Berliner Kollegen, betr. Kollege Goldbach, einstimmig angenommen. — Den Kollegen Karl Andre fordern wir hierdurch auf, seinen Verpflichtungen gegen den Verein nachzukommen. Am 11. Januar findet eine Generalversammlung statt.

**Leipzig.** Die Aussperrung in Hamburg-Altona und Harburg ist beendet, beendet durch folgende Abmachung zwischen Unternehmern und Arbeitern: In der am 19. Dezember stattgefundenen Versammlung der Unternehmer und Arbeiter wurde zur Erledigung der schwebenden Streitfrage folgende Vereinbarung getroffen: 1) Es verpflichten sich die Meister den bei ihnen arbeitenden Gehilfen einen Mindestlohn von 21 J pro Woche bei täglich 10stündiger Arbeitszeit resp. den von den Gehilfen am 14. Juli 1889 vorgelegten Akkordtarif zu bewilligen. 2) Der Vorstand des Gehilfenvereins verpflichtet sich, jeden zugereisten Fremden an Herrn S. A. Geier, dem der Arbeitsnachweis von den Meistern übertragen worden ist, zu

schicken (warum denn keinen gemeinsamen Arbeitsnachweis?), um sich die dort angeworbene Arbeit nachweisen zu lassen. Ferner wird in dem Vereinsorgan bekannt gegeben, daß die Sperre aufgehoben und der Zugang frei ist. 3) Meister und Gehilfen verpflichten sich, ein aus 6 Personen (3 Meistern und 3 Gehilfen) bestehendes Schiedsgericht zu wählen, welchem die Besugnisse gegeben werden soll, etwaige Streitigkeiten zu schlichten; das gefällte Urtheil wird als rechtskräftig anerkannt, wogegen keine Berufung eingelegt werden kann. Fortschende Vereinbarung ist in 2 Exemplaren ausgefertigt, mit Unterschriften und Vereinsstempel versehen und jedem der beteiligten Vereine ein Exemplar eingehändigt. Hamburg-Altona im Dezember 1890. (Folgen die Unterschriften des Meister- und Gehilfenvereins). Trodem nun dieses Schriftstück unterzeichnet und die Aussperrung damit als beendet erklärt wird, so sind bis dato doch 5 ausgesperrte Familienväter nicht wieder eingestellt worden, darunter der Vertrauensmann Kreischner. Wie kommt es nun, daß diese nicht eingestellt sind? Wenn die Herren verlangen, daß die Sperre aufgehoben und der Zugang frei sein soll, so muß ihnen doch wenigstens die Humanität gebieten, daß in erster Linie Diejenigen eingestellt werden, welche dort wohnen und welche in Arbeit gestanden. Waren es doch die Herren Unternehmer, welche in einer frivolen Weise die Aussperrung provozierten. Nun, da man sich geeinigt hat zum Nachtheil des Gehilfenvereins, scheinen die Herren wohl gar noch die Lust zu verspüren, um rücksichtslos die Arbeiter, welche ihnen die Hand geboten haben, zu maßregeln. So lange die Herren nicht die Leute wieder einstellen und dadurch beweisen, daß es ihnen fern liegt, zu maßregeln, so lange ist nach meinem Dafürhalten die Sperre aufrecht und der Zugang fern zu halten. Den Kollegen überlasse ich das Urtheil und darnach zu handeln.

Wetzlar, 30. Dezember 1890.

Mit Gruß  
Edmund Goldbach.

**Leipzig.** Zur Erwiderung auf die Notiz aus Sangerhausen ersuche ich doch den Kollegen Lubewig, der Wahrheit die Ehre zu geben und einräumen zu wollen, daß er einen Brief an Herrn Weber in Plagwitz geschrieben und um Arbeit angefragt hat, wo er aber abgewiesen wurde; dann einen Brief an die Firma Waldmann u. Schotte, der natürlich auch abschlägig beschieden wurde. Lubewig hätte sich deshalb zufrieden geben können, er entblödete sich aber nicht, noch persönlich bei der betreffenden Firma um Arbeit zu betteln. Er hat sich mißlieblich über uns ausgesprochen, daß er mit uns schon lange nichts gemein hätte und er den Streik nur nothgedrungen mitgemacht habe. Auch hat seine Frau noch einen Brief an die betreffende Firma geschrieben, welcher von Herrn Schotte in der Versammlung der Arbeitgeber-Vereinigung mit großer Geringschätzung vorgelesen wurde und auch gesagt wurde: das ist auch einer von Denjenigen, welche sagten, ehe ich um Arbeit bettle, gehe ich lieber zu Grunde. Ich stelle dieses den Kollegen zur Beurtheilung anheim. Auch bin ich in der Lage, Obiges von glaubwürdigen Zeugen feststellen zu lassen. Mit kollegialischem Gruß! S. Panwehde.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).**

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- Nr. 3117 Wilhelm Fürle.
- 13142 Max Fint.
- 10687 August Benz.
- 21018 Wilhelm Wuhlfahrt.
- 25998 Otto Koch.
- 22227 Eduard Krohm.
- 25041 Johann Winkler.
- 13006 Otto Schmidt.
- 10527 Edmund Egner.
- 29284 Karl Gottmann.
- 28993 Friedrich Wulkmann.
- 4376 Franz Handen.
- 27758 Karl Schmöckel.
- 11027 Albert Donat.
- 28813 Ludwig Althenstahl.
- 27109 Anton Wising.
- 27376 Paul Vorsch.
- 24932 Georg Köber.
- 28480 Wilhelm Richter.
- 27133 Wilhelm Westweber.
- 27908 Wilhelm Dreesen.
- 27097 Karl Geier.
- 26264 Karl Bernsdorf.
- 29253 Gustav Köfler.
- 462 Adolf Stänner.
- 27755 Wilhelm Schömmmer.
- 20787 Robert Schläger.
- 19133 Theodor Engel.
- 22756 August Hasselmann.
- 22755 Trupfert Maier.
- 3326 Louis Gerold.

**Aufforderung!**

Diejenigen, welche Protokolle vom letzten Weimarer Metallarbeiter Kongress bezogen, die Gelder dafür aber noch nicht eingeliefert haben, wollen dies spätestens in 2 Wochen thun, damit der Rechnungsabschluss erfolgen kann.

S. A.: J. Scherm, Nürnberg, Camerariusstraße 4, III.

**Die verehrlichen Zitat-Expeditionen und Vereine**

erfuchen wir um baldige Einsendung der Abonnementgelder. Die Restanten aus dem 2. Quartal 1890 werden in einer der nächsten Nummern veröffentlicht.

Die Expedition.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, S. P. W. Dieck Verlag) ist soeben das 14. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zur Jahreswende. — Die Zivildienst und die großen historischen Flüsse. Von G. Plechanoff. — Die jüngste Schwenkung des französischen Merks. Von Paul Lafargue. — Pariser Spagiergänge eines Hamburgers im Jahre 1795. Von Reinhold Klegg. — Notizen. — Feuilleton: Töchter unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von F. v. Osta. (Fortsetzung).

„Lichtstrahlen.“ Blätter für volksverständliche Wissenschaft. Zugleich ein litterarischer Wegweiser für das Volk. Erscheint halbmonatlich in Heften à 20 S. Dresden, Verlag von D. Garnisch. — Soeben erschienen das 7. Heft. Inhalt: Ursprung des Gottesbegriffes. Von Hermann Teistler (Schluß). — Hausthiere und Kulturlandwirtschaft. Von E. H. Herrmann (Fortsetzung). — Geschichtliches über den Marienkult. Von Hermann Teistler (Fortsetzung). — Kontra Koch. Die Koch'sche Entdeckung eines angeblichen Tuberkuloseheilmittels im Lichte einer naturgemäßen Hygiene und naturgemäßen Heilkunde von Dr. med. H. Bahmann. — Unsere Winterzeit. Von E. H. Herrmann. — Litterarisches. — Kleine Mittheilungen. — Gratisbeilagen: Feuilletonbibliothek: Mona Glath, Roman von Heinrich Leweles; ferner Programm und Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung des Arbeiters nach dem Reichsgesetz vom 12. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt. Verlag des „Berliner Volksblatt“, Berlin, Beuthstr. Gegenüber der Kompliziertheit des alle Volkskreise berührenden Gesetzes wird obige gemeinverständlich dargestellte Darstellung der Allgemeinheit erspriessliche Dienste leisten. Auf das erschöpfende Sachregister und den wohlfeilen Verkaufspreis von 20 S machen wir besonders aufmerksam.

**Sterbe-Cafel**

der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

- Nr. 19092. Louis Stamm, Reider, geb. 2. Juli 1864, gest. 4. Juni 1890 an Lungentuberkulose in Dorp b. Solingen.
- 18100. Hermann Klein, Schleifer, geb. 10. Juli 1849, gest. 6. Juni 1890 an Lungentuberkulose in Dorp b. Solingen.
- 7917. Fried. Eberlein, Klempner, geb. 21. Juni 1860, gest. 28. Juni 1890 an Schlaganfall in Warmen.
- 22802. August Wiegand, Schleifer, geb. 19. Juli 1859, gest. 1. Juni 1890 an Blutspucken in Dorp-Grünwald.
- 13981. Friedr. Weiprecht, Faktor, geb. 13. August 1856, gest. 2. Juni 1890 an Lungenschwindsucht in Dehringen.
- 3204. Jul. Hägermann, Schlosser, geb. 12. Februar 1846, gest. 22. Juni 1890 an Herzklappenfehler in Dortmund.
- 5034. Saroni Cohn, Dreher, geb. 3. April 1848, gest. 15. Juni 1890 an Gehirnblutung in Budau.
- 10787. Jakob König, Fabrikarb., geb. 2. September 1844, gest. 22. Juni 1890 an Lungentuberkulose in Großauheim.
- 2805. Christ. Wagner, Tagelöhner, geb. 11. Januar 1831, gest. 12. Juni 1890 an Magenleiden in Binsdorf.
- 15299. Emil Wimmer, Tischler, geb. 24. Februar 1860, gest. 21. Juni 1890 an Lungenschwindsucht in Neustadt-Magdeburg.
- 3282. Emil Franke, Schlosser, geb. 15. April 1844, gest. 20. Juni 1890 an Leberanschwellung in Berlin 5.

- Nr. 25705. Ab. Petsch, Feilenhauer, geb. 25. April 1849, gest. 17. Juni 1890 an Lungentuberkulose in Berlin 7.
- 16758. A. Deutschländer, Hilfsarbeiter, geb. 8. Sept. 1858, gest. 15. Juni 1890 an ? in Berlin 7.
- 28099. Raver Zeitl, Arbeiter, geb. 20. Januar 1859, gest. 27. März 1890 an Lungentuberkulose in München.
- 18628. Johann Döring, Arbeiter, geb. 25. April 1856, gest. 27. April 1890 an Lungentuberkulose in Königsberg.
- 1097a. Friedrich Salm, Former, geb. 21. April 1844, gest. 9. Juni 1890 an Darmblutung in Bittl.
- 2683a. Aug. Fuchs, Metallarbeiter, geb. 4. Juli 1872, gest. 11. Mai 1890 an ? in Erlangen.
- 845b. Georg Vogner, Drahtarbeiter, geb. 26. Juni 1855, gest. 8. Mai 1890 an Lungenschwindsucht in Nürnberg.
- 12540b. Gustav Stüger, Winkelmacher, geb. 1. August 1861, gest. 19. Mai 1890 an Lungentuberkulose in Nürnberg.
- 9103. Heinrich Lehner, Maurer, geb. 22. Februar 1849, gest. 21. Juni 1890 an Typhus in Beddel.
- 17234. Hermann Köhler, Friseur, geb. 1. Juli 1844, gest. 24. Juni 1890 an Lungentuberkulose in Berlin.
- 6880. Otto Kalbreiter, Schlosser, geb. 12. August 1856, gest. 22. Juni 1890 an Leberabscess in Kassel.
- 2711. Wilhelm Wittelind, Schlosser, geb. 25. Juni 1870, gest. 9. Mai 1890 an Lungentuberkulose in Kassel.
- 18649. Martin Heckmann, Küfer, geb. 9. Mai 1853, gest. 21. Juni 1890 an Magen- und Darmtuberkulose in Kassel.
- 12061. Rudolf Funt, Schlosser, geb. 24. April 1861, gest. 26. Mai 1890 an Gehirnleiden in Wera.
- 4519. August Kröplin, Barbier, geb. 4. März 1853, gest. 8. Juni 1890 an Magen- und Lungentuberkulose in Linden.
- 15202. Johannes Grath, Tischler, geb. 2. April 1852, gest. 30. April 1890 an Lungentuberkulose in Schiffbeck.
- 10533. Joh. Brätting, ?, geb. 29. Juni 1841, gest. 13. Mai 1890 an Brustfellentzündung in Färth.
- 16660. Karl Wiemer, Steher, geb. 19. August 1865, gest. 17. Mai 1890 an Schwindsucht in Schmandbruch.
- 8609. Andreas Gerhards, Schlosser, geb. 27. März 1839, gest. 14. Mai 1890 an Herzleiden in Würzburg.
- 19814. Herm. Weber, Schneider, geb. 13. Mai 1863, gest. 19. Mai 1890 an Lungentuberkulose in Remscheid.
- 1121. Konrad Bork, Eisenarbeiter, geb. 6. Februar 1856, gest. 24. Juni 1890 an Gehirnleiden in Feggenheim.
- 9590. Heinar Wetmann, Fabrikarbeiter, geb. 20. Dez. 1844, gest. 8. Mai 1890 an Lun. entarrh in Parleshausen.
- 28086. Carl Hippold, Spängler, geb. 12. Mai 1851, gest. 5. Mai 1890 an Nierenleiden in München.
- 829. Albert Henn, Metallarbeiter, geb. 25. März 1867, gest. 1. Mai 1890 an Lungentuberkulose in Karlsruhe.
- 10844. Karl Jescher, Hilfsarbeiter, geb. 18. Januar 1852, gest. 16. Mai 1890 an Lungentuberkulose in Sollar.
- 21570. Franz Baumann, Arbeiter, geb. 16. Februar 1844, gest. 9. Juni 1890 an Herzschlag in Berlin 2.
- 24281. Heinrich Winede, Arbeiter, geb. 15. Mai 1855, gest. 3. April 1890 an Verbrennung in Hemelingen.
- 19761. Jakob Br. nmel, Birth, geb. 12. August 1850, gest. 25. Juni 1890 an Herzschlag in Neulingen.
- 7786a. Gottlieb Röger, Maler, geb. 24. Oktober 1851, gest. 7. Mai 1890 an Lungenschwindsucht in Göttingen.
- 16377. Joachim Höfer, Sattler, geb. 18. September 1843, gest. 12. Juli 1890 an Darmtuberkulose und Fieber in Augsburg.
- 11823 a. Max Deisch, Graveur, geb. 10. April 1869, gest. 17. Juli 1890 an Lungentuberkulose in Neuenburg.
- 10918. Johann Schüssel, Eisenarbeiter, geb. 14. Dez. 1859, gest. 22. Juli 1890 an Lungentuberkulose in Saarden.
- 3527. Gustav Dies, Schreiner, geb. 16. März 1849, gest. 21. Mai 1890 an Lungentuberkulose in Entheim.
- 21681. Carl Banterbach, Dreher, geb. 18. März 1863, gest. 15. Juli 1890 an Lungentuberkulose in Pothappel.
- 19795. Otto Hagedorn, Schlosser, geb. 28. Januar 1859, gest. 11. Juli 1890 an Typhus in Hamburg.
- 3234. Gottlieb Briele, Schleifer, geb. 10. Oktober 1848, gest. 23. August 1890 an Lungen- u. Brusttuberkulose in Berlin 6.
- 11976. Friedrich Wisfler, Schlosser, geb. 28. Februar 1857, gest. 24. Aug. 1890 an Nierenentzündung in Rüdlingen.
- 1303. Adam Arsz, Schreiner, geb. 30. September 1852, gest. 26. Juli 1890 an Sturz von der Leiter in Bornheim.

- Nr. 19384. Dietrich Antholz, Schlosser, geb. 9. November 1870, gest. 1. Aug. 1890 an Herzfehler in Bremen.
- 18462. Robert Bruno Seltner, Schlosser, geb. 2. Dez. 1869, gest. 15. April 1890 an Lungenschwindsucht in Plauen bei Dresden.
- 2754 a. Andreas Gänzler, Metallarbeiter, geb. 26. Dez. 1861, gest. 5. Aug. 1890 an Lungenspitzenaffektion in Mannheim Lindenhof.
- 18971. Johann Truschnner, Fabrikarb., geb. 28. Aug. 1842, gest. 27. Juli 1890 an Lungentuberkulose in Mannh. Lindenhof.
- 8907 a. Christian Funk, Schlosser, geb. 19. Mai 1835, gest. 12. Aug. 1890 an Lungentuberkulose in Bogenhof.
- 16086. Hermann Schmitz, Fabrikarb., geb. 16. März 1854, gest. 17. Juni 1890 an Herzschlag in Deub.
- 28566. Rudolph Dörner, Klempner, geb. 10. März 1852, gest. 21. Juli 1890 an Nierenentzündung und Lungentuberkulose in Elberfeld.

**Vereins-Anzeigen.**

**Sachsenheim** Der Fachverein der Metallarbeiter feiert am Sonntag, den 11. Januar 1891, im Saale vom Wälder Hof, Schloßstraße 32, sein 1. Stiftungsfest. — Anfang 4 Uhr. Alle Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.

**Sachsenheim** (Metallarbeiter-Verein.) Samstag, 17. Januar, Abends halb 9 Uhr, im Frankfurter Hof, Generalversammlung. T. D.: Annahme und Einzahlung. Bericht über den Stand des Vereins. Rechnungsablage. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Verschiedenes. — Gleichzeitig machen wir die mit diesen Beiträgen statt im Rückstand befindlichen Mitglieder nochmals auf den Vereinsbeschluß aufmerksam, wonach Mitglieder bei 8wöchentlichem Rückstand schriftlich gemahnt, bei 13wöchentlichem Rückstand aus dem Verein ausgeschlossen und die Namen derselben in der Metallarbeiter Zeitung veröffentlicht werden, falls sie nicht bis zum Tage der Generalversammlung ihre Rückstände beglichen oder um Stundung nachgesucht haben.

**Braunschweig** (Verein der Schlosser, Maschinenbauer u. v. B.) Sonnabend 10. Januar, Abends halb 9 Uhr, im „Prinz Wilhelm“, Versammlung. T. D.: Quartals-Abrechnung und Jahresbericht. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.

**Göthen** (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 11. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal, General-Versammlung.

**Düsseldorf** (Allg. Metallarbeiterverein.) Sonntag, 11. Januar, Nachm. halb 9 Uhr im Vereinslokal, außerordentliche General-Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder u. Zahlung der Beiträge. Situations-Bericht. Kassenbericht. Vorstandswahl. Wahl der Kommissionen. Fragekasten und Verschiedenes.

**Darmstadt** (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonntag, 10. Januar, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung. T. D.: Vortrag über das Alters- und Invaliditätsgesetz. Vereinsangelegenheiten. — Wir machen die restirenden Mitglieder darauf aufmerksam, ihren Verpflichtungen dem Verein gegenüber nachzukommen. — **Aufforderung.** Wir eruchen den Kollegen Anton Groß, seinen Verpflichtungen gegen den Metallarbeiter Verein Darmstadt nachzukommen; derselbe ist ohne sich abzumelden abgereist und restirt erhebliche Woxenbeiträge.

**Eilenburg** (Metallarbeiter-Fachverein.) Samstag, 10. Januar, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, General-Versammlung. T. D.: Rechnungslegung und Bericht der Revisoren. Vorstandswahl. Fragekasten und Verschiedenes.

**Frankenthal** (Formerverein.) Samstag, 10. Januar, Abends halb 9 Uhr, im Saale des Herrn Groß, außerordentliche Mitgliederversammlung. T. D.: Beitragserhebung. Aufnahme neuer Mitglieder Abgabe d. alten Statutenbücher u. Empfangnahme der neuen. Berathung der Abhaltung des ersten Stiftungsfestes. Verschiedenes. — Wir fordern alle restirenden Kollegen auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

**Fiel** (Fachv. d. Schlosser u. Maschinenbauer.) Dienstag, 13. Jan., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Warm, Alte Reihe 8, Generalversammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Protokollverlesung. Quartalsbericht und Kassenabrechnung. Vorstandswahl. Neuwahl der Rechnungs-kommission. Fragekasten und Verschiedenes.

**Lüdenscheid** (Metallarbeiter-Verein.) Sonntag, 1. Januar, Nachm. 5 Uhr, bei Schmale, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Beitragszahlung. Vortrag über das Thema: „Warum und wie organisiren wir

uns“. Verschiedenes. — Im eigenen Interesse erinnern wir nochmals an die rückständigen Beiträge. Die Woxenunterstützung wird vom 1. Januar ab bei Carl Schmidt, Wexhöferstraße 11, Mittags von 12—1 1/2 Uhr und Abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr ausbezahlt. Unterstützung erhalten sämtliche Metallarbeiter, welche nachweisen, mindestens drei Monate einem Verein angehört zu haben und ihren Pflichten gegen denselben nachgekommen sind.

**Freipzig** (Verein der Bauarbeiter.) Sonnabend, 17. Jan., Abends 8 Uhr, findet im Saale der Flora, Windmühlenstraße 10, unsere Weihnachtstfeier, bestehend aus Konzert, Christbaum-Verlosung und Ball, statt. Der Ueberflus ist zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen bestimmt. Zu reger Betheiligung wird hierdurch eingeladen.

**Nürnberg** (Fachv. d. Schmiede u. v. B.) Sonntag, 18. Januar, Nachm. 4 Uhr, Vorschlag: Wirtshaus zur Poppenhalle von Friesch am Hauptplatz.

**Nürnberg** (Fachv. d. Metallarbeiter.) Sonntag, 11. Januar, findet im Saale des Kontingentsgarten Ball statt und sind Karten, ohne die Niemand Zutritt hat, beim 2. Vorstand und Kasser zu haben.

**Nürnberg** (Formerverein (Wald anst.)) Sonntag, 11. Januar, Vorm. 10 Uhr, im „Wilden Mann“ in Böhren, Mitalliederverammlung. T. D.: Aufnahme der Hilfsarbeiter. Erhöhung des Beitrages. Verschiedenes. — Damit nicht einseitig gehandelt werde, ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen und seine Stimme abzugeben.

**Nürnberg** (Fachv. aller Arbeiter der Metzgerbranche) Sonntag, den 11. Januar, Vorschlag: Restauration Schienagen, Rahm in Böhren. — Montag, 12. Januar, Abends halb 8 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung.

**Oldenburg** (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonnabend, 17. Januar, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Generalversammlung. T. D.: Abrechnung vom 3. und 4. Quartal. Stiftungsfest. Verschiedenes.

**Offenbach a. M.** (Fachv. der Metallarbeiter.) Die Adresse des 1. Vorsitzenden ist von jetzt an Willy Simon, Geleitsstraße 29, 1 links. — Alle Sendungen sind dahin zu richten.

**Osnabrück** (Fachv. d. Metallarbeiter.) Sonnabend, 17. Januar, Abends halb 9 Uhr, Hauptversammlung. T. D.: Rechnungsablage. Vorstandswahl. Antrag auf Aenderung der Statuten. Verschiedenes. — Wir hoffen, daß die Mitglieder sich ihrer Pflicht bewußt sind und zu dieser Versammlung vollständig erscheinen.

**Potsdam** (Metallarbeiter-Verein.) Montag, 19. Januar, Abends halb 9 Uhr, im Feuerbergschen Lokale, Zinnerstraße 2, Generalversammlung. T. D.: Tätigkeitsbericht des Vereins. Kassenbericht. Berathung über Abhaltung des Stiftungsfestes.

**Rostock** (Fachv. der Metallarbeiter.) Samstag, 17. Januar, Abends 8 Uhr, in der Friedrichshalle, General-Versammlung. T. D.: Abrechnung vom letzten Quartal. Wahl des Gesamtvorstandes. Abrechnung vom Weihnachtsvergütigen. Verschiedenes.

**Waldenbüttel** (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 10. Januar, abends 8 Uhr, im Buchhändler'schen Lokale, Wallstraße, Versammlung. T. D.: Kassen-Angelegenheit. Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl eines Vorsitzenden.

**Anzeigen.**

**Lüdenscheid.**

Vom 1. Januar ab erhalten die hiesigen Abonnenten die Metallarbeiter-Zeitung durch den Boten der „Märkischen Arbeiter-Zeitung“ zugestellt. Da der Abonnementsbetrag im Voraus bezahlt werden muß, bitte ich mir den Betrag (80 S) für das 1. Quartal 1891 soweit dieses noch nicht geschieht, entweder persönlich oder durch den Boten zuzustellen. Weiteren Abonnements sehe gerne entgegen.

Friedr. Kattwinkel, Stegstraße 24.

**Warnung.**

Wir warnen hiermit vor dem Klempner Ernst Wurmfsee aus Greifswalde, da derselbe u. A. auch den Fachverein der Metallarbeiter finanziell geschädigt hat und sich von hier entfernt ohne seinen Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir bitten darum die Genossen aller Orte, in denen Wurmfsee aufstauert, sollte, ihn an seine Pflichten zu erinnern, sowie dessen Adresse dem Unterzeichneten mitzutheilen.

Mit Gruß und Handschlag! S. A.: Max Müller, Fehrbörsenstraße 3, 1.